

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Mehr Leistung = Mehr Lohn = Mehr Lebensqualität (Die Neueröffnung), Gerhard Haderer 1985

- 5 Aufbau Ost – ein Konferenzbericht
- 12 Eltern und Erziehungspersonal kämpfen
- 17 Bankentarif abgeschlossen
- 20 „Eckpunkte“ – ein programmatisches Dokument der neuen Linkspartei



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 € Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 € Sozialabo: 46,80 € Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Bundesjustizministerium entfacht neue Debatte um Sterbehilfe

*Kobinet, 12.7. scc.* Der Abschlussbericht der im September 2003 vom Bundesjustizministerium eingesetzten Arbeitsgruppe „Patientenautonomie am Lebensende“ hat die Diskussion über aktive Sterbehilfe erneut angefacht. Die Arbeitsgruppe fordert die Ausweitung der Rahmenbedingungen für passive Sterbehilfe und ihre Erleichterung. Aus der Verbänden der Schmerzmediziner wird dringend eine „adäquate Ausbildung der Mediziner in Schmerz- und Palliativmedizin“ angemahnt. Trotz gegenteiliger Beteuerungen des Bundesgesundheitsministeriums sei diese auch nach der neuen Approbationsordnung nicht gewährleistet. Ausbildungsdefizite verhinderten, dass Ärzte die seit vielen Jahren etablierten Therapierichtlinien zur Behandlung starker Schmerzen kaum umsetzen und wirkungsvolle Therapiestandards zur Kontrolle schwerwiegender Symptome kaum kennen. In Ländern, in denen ambulante Versorgungsstrukturen etabliert wurden, durch die Pflegende und Hausärzte palliativmedizinisch unterstützt werden, könnten die Menschen in bis zu 70% der Fälle zu Hause in vertrauter Umgebung sterben. Solche Strukturen fehlten in Deutschland. Die Hospizbewegung erinnert an die Entwicklung in den Niederlanden. Nach der Duldung der terminalen Sedierung von Schwerstkranken sei die aktive Sterbehilfe gekommen, heute diskutierten Ärzte und Juristen darüber, ob demente Menschen euthanasiert werden dürfen, so die Deutsche Hospiz Stiftung. Statt die Gesetzeslage zu ändern, solle das Justizministerium endlich den Unterschied zwischen Töten und Begleiten klarstellen.

## Bundesrat will Jugendstrafrecht verschärfen

*BR, 1.7. scc.* Auf Antrag von Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Thüringen legte der Bundesrat einen Gesetzentwurf vor, der das Jugendstrafrecht erheblich verschärft. So soll die Sicherungsverwahrung auch für Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) möglich werden. Das Jugendstrafrecht soll nur noch in Ausnahmefällen für Heranwachsende gelten. Zugleich soll die Höchststrafe für diese Heranwachsenden, auf die das Jugendstrafrecht ausnahmsweise angewendet wird, von jetzt 10 auf 15 Jahren heraufgesetzt werden. Weiter enthält der Entwurf einen Katalog erzieherischer Maßnahmen wie Meldepflicht und die Möglichkeit eines Fahrverbots als eigenständige Sanktion. Begründet wird die Verschärfung mit der in den letzten Jahren gestiegenen Jugendkriminalität. Demgegenüber hat z.B. die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zum Entwurf angemerkt, dass Prävention weiterhin Vorrang vor Strafverfolgung habe müsse. Außerdem sei ein Fahrverbot nur dann sinnvoll,

wenn die Straftat in einem Zusammenhang mit einer Verkehrswidrigkeit stehe.

## Bundesregierung fordert: Bundeswehr müssen bei Unruhen Mittel zur Verfügung stehen

*BR. 1.7. scc.* Die Bundesregierung hat aus den organisierten Übergriffen auf die serbische Bevölkerung im Kosovo im März, die unter den Augen der Bundeswehr stattfanden, Konsequenzen eigener Art gezogen. Sie legte jetzt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen (CWÜAG) vor, der die Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen zum Einsatz chemischer Mittel wie Tränengas u.ä. ermächtigt. Der Gesetzentwurf ist gleich in mehrfacher Hinsicht brisant. Erstens ist der Begriff der „Reizgase“ oder „Reizstoffe“ im CWÜAG so vage formuliert, dass darunter neben Tränengas und Pfefferspray auch Betäubungsmittel fallen, wie sie vor einem Jahr in Moskau bei der „Geiselnbefreiung“ in Einsatz kamen. Zweitens verbietet das Chemiewaffenübereinkommen ausdrücklich, „Mittel zur Bekämpfung von Unruhen ... als Mittel der Kriegführung einzusetzen“ (CWÜ, §1, Abs. 5). Der Gesetzentwurf dagegen sieht nun den „Einsatz von Mitteln zur Bekämpfung von Unruhen ... durch die Bundeswehr bei Einsätzen im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ vor (Drucksache 15/3447). Drittens macht er deutlich, dass sich die Bundeswehr auf die weitere Einrichtung von Protektoraten und ihre langdauernde Besatzung rüstet.

## Verteidigungsministerin Alliot-Marie für inflationäre Rüstungsfinanzierung

*FAZ. 6.7. maf.* Die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie hat erklärt, Frankreich würde seine Atomwaffen auch zum Schutz für Deutschland einsetzen. Allerdings käme es dabei auf den Zusammenhang an. Atomwaffen seien für Frankreich der ultimative Schutz gegen Bedrohungen von außen. Alliot-Marie pflegt hiermit dezent aber deutlich einen Vorbehalt gegen eine „Europäisierung“ und die damit verbundene unmittelbare deutsche Einflussmöglichkeit auf französische Atomwaffen. Bei derselben Gelegenheit fordert die Verteidigungsministerin, eine Reihe von EU-Ländern, namentlich die BRD, müssten ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Deutschland solle in der Lage sein, bei jedem Einsatz mitzumachen und dafür müsse es mehr ausgeben als bisher. Dass dabei nicht an Kleinigkeiten gedacht ist, zeigt ihr Vorschlag, die Verteidigungsausgaben künftig bei der Defizitberechnung nach dem europäischen Stabilitätspakt herauszurechnen. Die Finanzierung von Kriegen durch inflationär wirkende Maßnahmen ist eine Methode, Widerstand gegen Rüstungsausgaben in der öf-

fentlichen Meinung zu überspielen. In den Budgetverhandlungen der EU-Staaten würde dem Rüstungshaushalt dadurch eine absolute Priorität zuwachsen. Interessant ist, dass der Stabilitätspakt als geltendes EU-Recht dazu zwingt, den Zusammenhang von Haushaltssicherung und Rüstungsausgaben politisch zu thematisieren. Beängstigend sind die Dimensionen, in denen gedacht wird. Solche neuen Regeln braucht man nur mit Blick auf Großereignisse.

## Sarkozy: Keine „exklusive Partnerschaft“

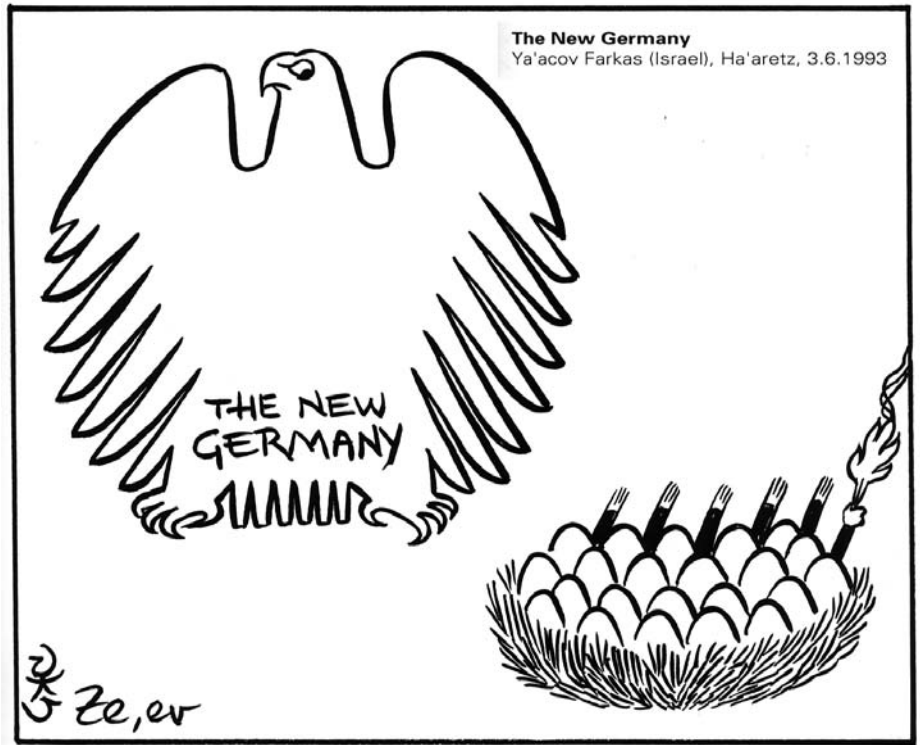
FAZ. 24.6. hav. Die „exklusive Partnerschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich hat der französische Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy in einem Gespräch mit den Zeitungen „Financial Times“ und „Les Echo“ kritisiert. „Es ist wohl verständlich, dass es einen Dialog zwischen den zwei Hauptmächten des Kontinents gibt, aber dieser Dialog sollte nicht exklusiv sein“. Der Minister der eine Präsidentschaftskandidatur 2007 anstrebt, zählt Großbritannien, Italien, Spanien und Polen als weitere Partner auf, welche die EU vorantreiben sollen. „In Zukunft müssen diese Länder eng zusammenarbeiten“, sagte Sarkozy. Nicht zufällig handelt es sich bei diesen Ländern um jene die die USA in ihrem Angriffskrieg gegen den Irak unterstützt haben. Für Sarkozy ist die anti-amerikanische Politik der Präsidenten Chirac ein rotes Tuch und Ausdruck sozialistisch-kommunistischer Dogmen, die er in Frankreich überall verbreitet sieht. Er betreibt Nebenaußenpolitik und bereist regelmäßig die USA, um sich dort mit der Bush-Regierung über die zukünftigen Beziehungen abzustimmen. Sarkozy geht fest davon aus, dass er Chirac im Amt des Staatspräsidenten beerben kann.

## Paritätischer Wohlfahrtsverband: Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe um zehn Prozent erhöhen

Parität, 1.7., alk. Nach der Einigung über das Arbeitslosengeld II im Vermittlungsausschuss fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Bundesregierung auf, das Leistungsniveau um zehn Prozent anzuheben.

„Die neuen Gesetze produzieren neue Armut“, sagte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Steuern die Bundesregierung hier nicht gegen, werde die Folge eine verheerende soziale Schieflage sein. „Dann haben wir vom nächsten Jahr an statt 2,8 Millionen 4,5 Millionen Menschen, die in Armut leben. Die Reform trifft vor allem Familien mit Kindern.“

Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe seien objektiv zu gering bemessen, um den Betroffenen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf bescheidenstem Niveau zu ermöglichen. Hesse sagte, die Forderung nach einer Erhöhung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II sei um



**Sicherheitsratsansprüche in der Union umstritten:** FAZ 7.7.04. maf. Nachdem BRD-Außenminister Fischer seinen belgischen Ressortkollegen Michel am 5.7. bei einem Treffen im Bundeskanzleramt bewogen hat, sich für einen ständigen Sitz der BRD im UN-Sicherheitsrat auszusprechen, äußert sich der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble tags darauf skeptisch. Er halte das für einen Ausdruck alten Denkens, die Zukunft müsse in einem europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat liegen und nicht in einem nationalen Sitz. Schäuble, der kurzfristig keine großen Chancen für einen europäischen Sicherheitsrats-Sitz sieht, meinte, „ein nationaler Sitz entfernt uns aber davon noch weiter“. Einstweilen könnten die Veto-Mächte Frankreich und Großbritannien ihre ständige Mitgliedschaft „stärker europäisieren“ und sich mehr mit EU-Partnern absprechen. Die CDU- und Fraktionsvorsitzende Frau Merkel hatte sich Schröders und Fischers Forderung nach einem ständigen Sitz der BRD im UN-Sicherheitsrat angeschlossen. Schäubles kontroverse Meinungsbildung ist schwerwiegend. Sie geht auf die Praxis der Regierung Kohl zurück, und somit auch auf die Erfahrungen, die Schäuble damals bei der Ausarbeitung des Einigungsvertragswerkes mit den Befürchtungen der internationalen Staatenwelt wegen der Gefahr einer Wiederauferstehung eines 4. Reichs machen konnte.

so berechtigter, als bei der Festlegung des neuen Sozialhilfe-Regelsatzes zahlreiche Belastungen, die aufgrund der Gesundheitsreform anfielen, nicht berücksichtigt worden seien.

## EU-Kommissar will Subventionen für Zuckerproduktion senken

Handelsblatt, 25.6. rül. EU-Agrarkommissar Fischler hat Ende Juni angekündigt, die Zuckermarktordnung der EU nach 40 Jahren fast unverändertem Bestehen bald drastisch ändern zu wollen. Der Interventionspreis der EU für Zucker von derzeit 632 Euro je Tonne, mit dem die EU-Kommission hiesige Hersteller schützt und den EU-Markt gegen Importe abschottet, soll durch einen um ein Drittel niedrigeren Referenzpreis ersetzt werden. Die Preise für Zuckerrüben würden dadurch um ca. 40 Prozent sinken, schätzt der EU-Kommissar. Die Änderungen bedeuten eine drastische Einkommensreduzierung für die betroffenen Landwirte, insbesondere in den alten EU-Staaten. Fischler rechnet deshalb

mit einer „blutigen Schlacht“ um seine Pläne. Auch Agrarkonzerne wie Südzucker sollen die Pläne des Kommissars ablehnen. Ein Sprecher des Verbands der deutschen Süßwarenhersteller dagegen nannte die Bekanntgabe der Pläne Fischlers einen „Freudentag“. Auch die Herstellerfirmen von alkoholfreien Getränken (Coca Cola & Co.) dürften von den Fischler-Plänen profitieren, da in diesen Getränken viel Zucker verwendet wird. Hintergrund des Fischler-Vorstoßes sind laut „Handelsblatt“ nicht nur der wachsende Druck aus Ländern der Dritten Welt gegen die EU-Agrarsubventionen. Inzwischen liegen bei der WTO auch schon direkte Klagen von Entwicklungsländern und anderen großen Agrarexportländern gegen die EU. Im Juli entscheidet die WTO über eine solche Klage von Thailand, Brasilien und Australien gegen die EU-Zuckermarktordnung. In einen ähnlichen Fall, einer Klage Brasiliens gegen Baumwollsubventionen in den USA, habe die WTO der Klage bereits stattgegeben, berichtet die Zeitung.

Zusammenstellung: alk

# Qualifizieren statt Billiglohn?

Mit mehr als 100 Teilnehmern überraschend gut besucht war Ende Juni eine Tagung der Otto-Brenner-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Das Thema Aufbau Ost war etwas lyrisch formuliert: „Jenseits der Leuchttürme – weiter wie bisher oder etwas Neues wagen?“ Im Saal IG-Metall- und SPD-Mitglieder, Vertreter von Unternehmen aus den neuen Ländern, Beschäftigte aus Forschungseinrichtungen und Mitglieder der PDS, unter anderem Christa Luft, die als „prominenter Gast“ und „ehemalige Wirtschaftsministerin der DDR“ ausdrücklich begrüßt wurde.

Viele waren vielleicht auch gekommen, weil sie eine Debatte über die tags zuvor bekannt gewordenen Ergebnisse der so genannten „Dohnanyi-Kommission“ erwarteten. Diese Erwartung wurde aber enttäuscht. Das ohnehin nur von zwei der 13 Mitgliedern – Dohnanyi und Most (Deutsche Bank) – unterzeichnete Papier wurde nur am Rande gestreift.

In drei Abschnitten – Berichte aus der Forschung, danach eine Runde „Praktiker“, sprich: Unternehmer und Gewerkschafter, und zum Schluss die Politik – sollten Probleme und Aussichten beim Aufbau Ost beraten werden.

## Die Ausgangslage: Niedriglohngebiet Ost

Dass das Thema dramatisch ist, war allen Beteiligten klar. Die Wertschöpfung im Osten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt, BIP) stagniert seit mehreren Jahren bei ca. 60% des Niveaus im Westen. Insbesondere der industrielle Aufbau kommt nicht voran. Die Beschäftigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe steigt zwar leicht, liegt aber mit einem Anteil von 16% an der Gesamtbeschäftigung noch immer deutlich unter der im Westen. Insbesondere große Industriebetriebe fehlen. Außerhalb von Berlin finden sich große Werke im Wesentlichen nur an fünf, sechs Standorten in Sachsen und Thüringen (Opel Eisenach, Carl Zeiss Jena, die Werke von VW und BMW, Infineon und AMD in Sachsen). Allein im verarbeitenden Gewerbe fehlen etwa 3.000 mittelgroße Unternehmen mit zusammen 600.000 Beschäftigten (das entspricht der Beschäftigtenzahl von 20 BMW-Werken, Größenordnung wie Leipzig, samt Zulieferbetriebe). Die durchschnittlichen Effektiveneinkommen der Vollzeitbeschäftigten in den neuen Ländern lagen bei Angestellten und Arbeitern, männlich wie weiblich, laut Statistischem Bundesamt im letzten Jahr 25 bis 30% niedriger als im Westen. Da in diesen Durchschnitt auch die – relativ stärker angeglichenen – Einkommen im öffentlichen Dienst einfließen, heißt das: Die effektiven Einkommen von abhängig Beschäftigten im privaten Gewerbe liegen im Osten im

Schnitt um 30% und mehr unter denen im Westen. Die offiziell erfasste Arbeitslosigkeit liegt bei durchschnittlich 18%, in einigen Regionen bei 40 bis 50%. Täglich 500.000 Pendler in den Westen verschönern die Zahlen noch. Mit der Abwanderung gerade junger und qualifizierter Menschen droht vielen Gebieten eine Überalterung und Dequalifizierung der noch verbleibenden Arbeitskräfte. Ländern und Kommunen fehlen eigene Steuern, die Kommunen ächzen zudem unter Altschulden aus dem kommunalen Wohnungsbau der DDR.

## Keine Sonderzone im Doppelpack

Eine Angleichung von Einkommen und Wertschöpfung auf Westniveau wird inzwischen allgemein in den nächsten Jahren als aussichtslos eingestuft. Um auf 90% der Wertschöpfung des Westens aufzuschließen, benötigten die neuen Länder ein 20 Jahre währendes „Wirtschaftswunder“, hatte beispielsweise die sog. „Dohnanyi-Kommission“ Ende Juni festgestellt und unter anderem verlangt, die noch verfügbaren Mittel aus dem Solidarpakt II für die neuen Länder (bis 2019 sind in diesem Gesetz insgesamt 153 Milliarden Euro für die neuen Länder bereitgestellt, im Wesentlichen für die Angleichung der Infrastruktur) auf direkte Wirtschaftsförderung zu konzentrieren. Verbunden werden sollte das mit Kürzungen beim Ausbau der Infrastruktur und der Errichtung einer „Sonderwirtschaftszone“, sprich einem zusätzlichen Abbau von Arbeitsschutz, vor allem im Kündigungsrecht, zusätzlichen Steuererleichterungen usw.

Auf der Tagung in Berlin wurden solche Überlegungen als weder erwünscht noch realisierbar eingestuft. Weder erwünscht, weil der Osten schon Billiglohngebiet ist und eine mit staatlichen Mitteln verschärfte Lohnsenkung nur die Abwanderung junger und qualifizierter Menschen beschleunigt. Nicht realisierbar, weil die westlichen Bundesländer ein solches „Doppelpack“ – 153 Milliarden Euro Solidarpakt II plus zusätzliche Konkurrenzvorteile durch eine gesetzliche „Sonderwirtschaftszone“ – schon aus eigenem Interesse nicht zulassen würden. Schließlich haben gerade Länder wie NRW, Saarland, Bremen usw. genug eigene Probleme.

## Bauwirtschaft abgestürzt. Diskussion um Wirtschaftsförderung wird schroffer

Auf großes Interesse stieß auf der Tagung ein Zwischenbericht des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) aus Göttingen. Gemeinsam mit Christoph Scherrer und Stefan Beck von der Uni Kassel befragen Forscher des SOFI am Markt erfolgreiche ostdeutsche Unternehmen und

untersuchen die Gründe für ihren Erfolg, aber auch die fortbestehenden Probleme. Ihr Thema: „Die ostdeutsche metallverarbeitende Industrie in der Globalisierung: wie können dauerhafte Entwicklungspfade unter widrigen Bedingungen aussehen“. Zwölf Betriebe, darunter kleine, mittlere und große, in vier ostdeutschen Ländern werden dabei untersucht und befragt. Etwa die Hälfte der Arbeit sei geschafft, so Volker Wittke vom SOFI. Die meisten Betriebe, so konnte man Andeutungen entnehmen, sind mittelgroße Metallbetriebe mit 100 bis 500 Beschäftigten.

Zu Beginn hatte Frau Bruch-Krumbein vom Institut für Regionalforschung der Uni Göttingen die derzeitige Aufbau-Ost-Debatte und -Politik skizziert. So wird im Rahmen der GA-Förderung (GA = Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik) von Bund und Ländern die Bauwirtschaft im Osten seit 2002 nicht mehr gefördert. Deren schon Mitte der 90er Jahre begonnener Absturz ist dadurch noch tiefer geworden. Der Anteil der Bauwirtschaft an der Wertschöpfung im Osten ist seitdem von etwa 16% auf knapp 8% des BIP der neuen Länder zurückgegangen. Dieser tiefe Sturz der Bauwirtschaft – verbunden mit dem Niedergang des baunahen Handwerks – belastet den Arbeitsmarkt und die Kaufkraft in den neuen Ländern zusätzlich.

In der Diskussion um Wirtschaftsförderung nimmt der Streit um „Mitnah-

## Die Dohnanyi-Kommission.

*Ende Juni hat die von der Bundesregierung eingesetzte „Dohnanyi-Kommission“ ihre Ergebnisse vorgelegt. Diese sind wegen ihrer Niedriglohn- und Niedrigsteuernstrategie bei Gewerkschaftsvertretern, aber auch bei den ostdeutschen Unternehmerverbänden und der Bundesregierung auf Kritik gestoßen.*

*Im Bericht der Kommission finden sich aber auch zutreffende Problembeschreibungen und vernünftige Überlegungen. Hier ein paar davon.*

„Eine Angleichung der Wertschöpfung im Osten auf im Schnitt 90% des Westens bis 2020 würde im Osten ein überdurchschnittliches Wachstum von real 4-5% bedeuten: Ein unwahrscheinliches ‚Wirtschaftswunder‘ ...“

„Die Bundesregierung stellt den weiteren Ausbau der Infrastruktur in den Mittelpunkt ihrer Aufbaustrategie-Ost. Im Zentrum der Strategie Aufbau Ost müssten jedoch das verarbeitende Gewerbe, insbesondere die Industrie, eine sie begleitende, umfassende Forschungslandschaft und eine dementsprechende

meffekte“ und das „Versickern“ direkter Wirtschaftsförderung angesichts knapper öffentlicher Kassen zu. Ein Abbau regionaler Disparitäten sei bisher nicht gelungen. Der Trend zur Konzentration der Fördermittel auf so genannte „Wachstumskerne“ sei aus Haushaltsgründen nachvollziehbar, drohe aber stagnierende Regionen noch weiter abzuhängen.

Versuche, die Effizienz von Wirtschaftsförderung durch Konzentration auf so genannte „Cluster“, das sind regionale Netzwerke mehrerer Unternehmen, zu steigern, seien nur begrenzt erfolgreich. Solche „Cluster“ funktionieren in der Realität nur dort, wo schon kooperationsfähige – sprich finanzkräftige und expandierende – Unternehmen vor Ort seien. Praktisch sind das meist Großbetriebe, die ihre Zulieferer „vernetzen“. Wo kein expandierender größerer Betrieb steht, bildet sich in der Regel auch kein „Cluster“.

### „Wachstumspole Ost“: Berlin wächst nicht

Interessant auch ihr Hinweis, die Politik habe sich auf sieben Wachstumspole im Osten geeinigt: die Städte Leipzig, Dresden, Jena, Halle, Erfurt, Berlin und Chemnitz. Nur am Rande sei dazu bemerkt, dass eine solche Einstufung bei Berlin eine „Soll-“ und keine Ist-Einstufung darstellt. Das reale Bruttoinlandsprodukt Berlins ist von 1995 bis 2003 um 8 Prozent gesunken. Das BIP je Einwohner liegt in Berlin heute niedriger als in Lissabon, Madrid, Dublin oder Rom. Wirtschaftlich gesehen wächst Berlin nicht, die Stadt schrumpft. Das belastet den gesamten „Aufbau Ost“, zumal der

Norden der früheren DDR keinen weiteren „Wachstumspol“ hat.

Volker Wittke ergänzte: Die sogenannte „Leuchtturm-Debatte“, d.h. die Konzentration der Debatte um den Aufbau Ost auf große, industrielle Kerne, sei in ihrer Konzentration auf Industrie zwar richtig, verenge aber den Blick. Übersehen würden so die kleinen und mittleren Betriebe (KMUs), deren Wachstum aber viel wichtiger sei für Kaufkraft und Beschäftigung. Die „großen Kerne“ seien in der Realität des Ostens fast durchweg Ableger von West-Konzernen, weltweit eingeführte Marken mit problemlosem Zugang zum Kapitalmarkt, festen Absatzstrukturen usw. Diese Kerne strahlten wirtschaftlich viel weniger in ihr regionales Umfeld aus als erhofft.

### Ostdeutsche KMUs „unternehmerischer“ als erwartet

Viele der vom SOFI untersuchten KMUs hätten nach der Wende diese Vorteile westlicher Konzerne nicht gehabt: keinen Markennamen, keine Reputation, keine Kreditgeber, keine Absatzwege. „Fast jedes ostdeutsche Industrieunternehmen – ob Altbetrieb oder Neugründung – war in den 1990er Jahren mit der Anforderung konfrontiert, sich nicht nur intern neu zu organisieren, sondern sich zugleich auf westlichen Märkten und in westlichen Wertschöpfungsketten neu zu positionieren. Mit dem Ende der DDR brachen angestammte Märkte in den Ländern des ehemaligen RGW weg, während entsprechende westliche Märkte bereits weitgehend besetzt waren. Selbst vormals bestehende Exportbeziehungen in westliche Länder konnten kaum genutzt werden, da diese zumeist an die sich

zunehmend auflösenden staatlichen Außenhandelsorganisationen gebunden waren.“

Wittke kritisierte Stereotype über ostdeutsche Betriebe, z.B. den Vorwurf der Management-Schwäche. Tatsächlich hätten selbständig agierende Ost-Betriebe kaum auf Ost-Erfahrungen zurückgreifen können, als sie ihr erstes Problem, sich Zugang zu Westmärkten zu schaffen, lösen mussten. Inzwischen aber seien sie vielfach besser, als im Westen wahrgenommen werde. Viele ostdeutsche Unternehmen seien anpassungsfähiger, „unternehmerischer“ als westdeutsche.

### EKO Stahl, Werften

In der späteren „Praktikerrunde“ wurde diese These eindrucksvoll durch den Arbeitsdirektor der EKO Stahl GmbH aus Eisenhüttenstadt, Rainer Barcikowski, unterstrichen. EKO Stahl sollte nach der Wende auf Betreiben von West-Konzernen dicht gemacht werden, wurde aber von Belegschaft und Management mit Hilfe der Region verteidigt und gehört heute zum französischen Stahlkonzern Arcelor. Das Management von EKO sei (bis auf wenige politisch belastete Personen) komplett vom früheren Stahlkombinat übernommen worden, so Barcikowski mit hörbarem Stolz, dabei von Christa Luft lebhaft unterstützt. Bis heute habe man „vielleicht zehn Wessis“ im Betrieb. EKO sei – nicht zuletzt durch das Geschäft mit Polen – heute der ertragreichste Standort der Arcelor-Gruppe, die Auftragsbücher randvoll. Die Belegschaft sei von 12.200 auf 2.700 Personen verringert worden, gleichzeitig habe man aber „53 KMUs ausgeschält“, die heute weitere 3.000 Menschen beschäftigen.

Ausbildung stehen ...“

„Das bisher eingeplante Finanzvolumen des Solidarpakt II ... darf nicht verringert werden. Auch eine Verringerung der Verpflichtungsermächtigungen für die Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung (GA) darf nicht erfolgen ...“

„Für eine erfolgreiche Entwicklung muss von der Realität der aktuellen Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern ausgegangen werden. Sie ist im Industriebereich durch zumeist kleine Betriebe mit schwacher Marktposition, unzureichendem Forschungspotenzial, aber auch geringer Eigenkapitalausstattung und kaum überwindbaren Problemen bei der Kreditbeschaffung gekennzeichnet.“

„Finanzielle Altlasten und vereinigungsbedingte Fehlentwicklungen im kommunalen Wohnungsbau sowie bei Wasserentsorgungssystemen sind ... zu bereinigen. Dazu ist der Erblastentilgungsfond nochmals zu öffnen.“

„Die Verschuldung der Kommunen hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das wirtschaftliche Aktivitäten vieler Kommunen faktisch lähmt; dies hat zunehmend negative Auswirkungen auf Handwerk und örtliche Kleinindustrie.“

„Ein ostdeutsches Unternehmen, das die Gewinnschwelle überschreitet, ist (und war stets!) denselben Steuersätzen unterworfen wie ein westdeutsches, auch wenn das ostdeutsche Unternehmen mit deutlich geringerer Substanz (Eigenkapital etc.) ausgestattet war und ist und angesichts unzureichender Marktverankerung zunächst erhebliche zusätzliche Mittel braucht, um im Wettbewerb Marktanteile zu gewinnen.“

„Die kleineren und finanzschwächeren Betriebe müssen in der Regel mindestens 5 bis 10% teurer einkaufen, weil sie häufig kürzere Zahlungsfristen, geringere Skonti und schmalere Rabatte erhalten als die länger eingeführte und meist größere „westliche“ Konkurrenz.“

„In diesem Zusammenhang bleibt es unverständlich, dass die einstige Vorgabe der Regierung Kohl, bei allen öffentlichen Ausschreibungen des Bundes immer auch mindestens eine ostdeutsche Firma zu beteiligen, inzwischen ebenso stillschweigend fallen gelassen wurde wie die zunächst eingeführte besondere Messförderung auf den Weltmärkten. Auch das Tariftrueugesetz, würde es denn im Osten konsequent angewandt, hätte zusätzli-

che, marktbeschränkende Folgen.“

„Nach wie vor sind einige Kommunen und Landwirtschaftsbetriebe mit Alt-schulden aus der DDR-Zeit (plus Zinsen seit 1990) belastet. Die Summe beträgt nach Kenntnis des Gesprächskreises jeweils etwa 5 Milliarden Euro.“

„Um der Abwanderung entgegenzuwirken, müssen auch die Ausbildungs- und Qualifizierungschancen der ostdeutschen Jugend ohne Hochschulbildung verbessert werden.“

„Es sind Lösungen zu finden, wie eine grundsätzliche Beteiligung mindestens jeweils eines Ost-Unternehmens bei allen Bundesausschreibungen ... wieder regelmäßig vorgesehen werden kann.“

„Es sollte auch für die kleinen, aber international ausgerichteten Unternehmen der neuen Länder wieder eine besondere Chance der Beteiligung an internationalen Messen geschaffen werden.“

Quellen: „Kurskorrektur des Aufbau Ost“. Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung. Redaktion Klaus von Dohnanyi, Edgar Most, Berlin, 21.6.2004; DGB-Bundespressestelle, PM vom 29.6.2004; „Aufbau Ost voranbringen!“ Eine Initiative der Spitzenverbände der ostdeutschen Wirtschaft, 29.6.2004

EKO fördere zahlreiche Unternehmensnetzwerke, betreibe ein überbetriebliches Qualifizierungszentrum für 1.000 Menschen, engagiere sich gegen Rechts-Extremismus und unterstütze bürgerschaftliches Engagement in der Region.

Rüdiger Klein, 1. Bevollmächtigter der IG Metall aus Rostock, ergänzte diesen Befund durch seinen Bericht zur Werft-industrie. „Am Fuß des Leuchtturms ist es am dunkelsten“, begann er mit einem Bonmot von der Küste zur „Leuchtturm“-Debatte. Immerhin fünf der früher sechs Standorte des ehemaligen Werftenkombinats habe die IG Metall mit den Belegschaften verteidigen können, wenngleich unter hohem Verlust an Beschäftigung – von ehemals 55.000 auf heute knapp 4.500 Beschäftigte auf den Werften sowie ein paar tausend Beschäftigte bei örtlichen Zulieferern. Viele örtliche Zulieferer fertigten nur Teile mittlerer oder geringer Qualifikation. Hochwertige Zulieferung komme meist aus Süddeutschland. Die Begründung dafür, so Klein auf Nachfrage, liegt in Marktbarrieren: Für wichtige Teile in Schiffen muss heute ein weltweiter Service garantiert werden, sonst werden sie nicht zum Einbau zugelassen. Ein solches weltweites Service-Netz können Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern in der Regel nicht garantieren. Bei Schiffsmotoren, so Klein, gibt es heute weltweit nur noch zwei Konzerne, MAN und Hyundai, die gerade den Werften mit extremen Preisaufschlägen des Lebens sauer machten. „So ein Schiff hat heute mehr Elektronik als ein Airbus“, so Klein weiter. Innovation sei richtig, helfe aber nicht lange. „Nach einem Jahr ist jedes neue Schiff auf irgendeiner Werft gewesen, und da wird garantiert alles abfotografiert“.

Auch zum Thema Billiglohn und Arbeitszeit hielt Klein nicht hinter dem Berg. 48 Stunden pro Woche seien auf den Werften schon lange Regel, und wenn niedrige Löhne und Einkommen Maßstab für Wirtschaftsförderung seien, müsse alle Förderung komplett nach Mecklenburg-Vorpommern fließen. Von weiteren Lohnkonzessionen rate er den Beschäftigten der Werften strikt ab. In China würden gerade neue Werften mit modernster Technologie gebaut, deren Kapazität sieben Mal so groß sei wie die aller deutschen Werften zusammen. Stundenlohn: 1,50 Euro. „Damit können wir nicht konkurrieren.“

#### **KMUs: Erfolg durch „Upgrading“. Problem: wenig Eigenkapital**

Doch zurück zu Volker Wittke vom SOFI Göttingen. Seine (Zwischen)-Bilanz erfolgreicher Unternehmen im Osten fiel auch für die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder erfreulich aus, bestätigte sie doch die gewerkschaftliche Grundregel „qualifizieren statt Billiglohn“.

„Für den erfolgreichen Marktzugang der KMU in den 1990er Jahren spielte es eine Rolle, dass die Unternehmen zum Teil auf die sich aus der besonderen Si-

tuation in Ostdeutschland ergebenden Lohnkostenvorteile setzten. Auch gegenwärtig sind sie bereit, diese Vorteile im Wettbewerb strategisch einzusetzen und so ihre Geschäftsidee gegen und auf Kosten anderer durchzusetzen. Ein Stück weit lebt ihre Strategie gerade von der spezifischen Kombination aus Lohnkostenvorteilen und technologischer Innovationsfähigkeit, ohne die man anfängliche Aufträge nicht hätte akquirieren können.“

Auf Dauer aber würden Niedriglöhne nicht zum Erfolg führen, so Wittke. Das sähen auch die befragten Unternehmen so. „Angesichts der Konkurrenz aus Mittel- und Osteuropa ist eine auf Dauer angelegte Niedriglohnstrategie für die ostdeutschen KMU wenig erfolgversprechend. Die von uns untersuchten KMU sind sich der begrenzten Perspektiven einer auf Lohnkostenvorteilen aufbauenden Strategie bewusst. Gefährdungen sehen sie hier insbesondere durch Konkurrenten, die ihnen aus den EU-Beitrittsländern erwachsen.“

Bemerkenswert erscheint uns, dass die von uns untersuchten Betriebe vor diesem Hintergrund durchgängig die Strategie eines technologischen „Upgrading“ verfolgen, um auf Dauer Bestand zu haben ... Zu diesem Zweck investieren selbst KMU in nicht unbeträchtlichem Umfang in Forschung und Entwicklung. Darüber hinaus setzen sie auf eine Kooperation mit externen Partnern (sowohl andere Unternehmen als auch Forschungsinstitute).“ (aus dem Konferenzpapier des SOFI). Eine solche Strategie setzt aber, das wurde auch in der folgenden Diskussion immer wieder betont, qualifizierte Fachkräfte vor Ort, d.h. im Osten, voraus. Mit einer dauerhaften Einstufung des Ostens als Sonderzone und Niedriglohngebiet – gerade aus Bayern und Baden-Württemberg wird in diese Richtung auffällig gedrängt – wird den vom SOFI untersuchten Unternehmen gerade dieser wichtige Fortschritt in Richtung technologische Modernisierung versperrt bzw. zumindest erschwert. Ein Schelm, wer bei den Ratschlägen von Stoiber, Teufel & Co und vom bayerischen Ifo-Institut Böses denkt?

Ein weiteres Problem, vor dem die untersuchten Betriebe im Osten weiter stehen, ist die immer noch – verglichen mit Betrieben im Westen – deutlich niedrige Eigenkapitalquote. Das verteuert jede zusätzliche Investition, erschwert jede Modernisierung, jedes Wachstum und macht oftmals alle Versuche der Forschung und Entwicklung neuer Produkte und neuer Produktionsverfahren zunichte. Wie dieses Problem gelöst werden soll, dazu kam auch im Fortgang der Tagung kein Vorschlag.

#### **Aufbau Ost durch „Spitzenforschung“?**

Berichtenswert ist noch der – politische – Abschluss. Bemerkenswert, weil dabei der einzige SPD-Bundestagsabgeordnete auf der Tagung auftrat, Ulrich Kasp-

rick. Mitglied im Forschungsausschuss des Bundestags, gelernter Theologe, am Abend wird er zum neuen Staatssekretär von Forschungsministerin Bulmahn vereidigt, so wurde er vorgestellt.

Sein Beitrag kreiste fast vollständig um die glänzende Bedeutung der Fraunhofer-Institute, in deren Beirat er sitzt und sich offensichtlich wohl fühlt. Alle großen Industriean siedlungen in Sachsen, so Kasparick, seien erfolgt, weil Sachsen ein dichtes Netz von Fraunhofer-Instituten aufweise. AMD und Infineon seien in Dresden, weil dort mehr Fraunhofer-Institute saßen als in Stuttgart. Nur dort, wo solche „Spitzenforschung“ vor Ort sei, siedelten sich auch in Zukunft internationale Konzerne an. Wer immer von ihm weitere Tipps und Vorschläge zum Aufbau Ost erbat, wurde auf Fraunhofer und ähnliche „Center of Excellence“ (der neue Berliner Politikbegriff für Einrichtungen, die angeblich „Spitze“ sind) hingewiesen.

Praktisch erläuterte der Staatssekretär, was er sich so für den Aufbau Ost vorstellt, dann so: Die Vergabe der noch nicht freigegebenen Mittel aus dem sogenannten „Korb II“ des Solidarpakts (51 Milliarden Euro bis 2019, über die derzeit zwischen den Ministerien des Bundes und der Länder beraten wird) solle weitgehend auf die Förderung von Wertschöpfung konzentriert werden, die verbleibende Infrastruktur-Förderung weitgehend auf die Förderung von Spitzenforschung. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung außerhalb der großen Industriekerne seien die Fachhochschulen wichtig. Ob und wie diese gestärkt werden sollen, ließ der Staatssekretär aber im Dunkeln. Immerhin: Die Anregung aus dem Podium, Zuschüsse an KMUs auch für Personalkosten im Bereich Forschung und Entwicklung zu gewähren, will er weiterreichen.

Nur exzellente Spitzenforschung könne am Ende den Osten aus der Krise führen, er werde sich dafür einsetzen, dass mehr davon in den Osten komme – das war am Ende die Botschaft dieses Abgeordneten.

Nun ist die gewerkschaftliche Formel „qualifizieren statt Billiglohn“ auch Reaktionen bekannt. Diese antworten darauf in der Regel: Erstens: o.k.! Zweitens: was machen wir mit denen, die nicht mitkommen? Antwort: Die hängen wir ab, die müssen in Billiglohnjobs. Vor diesem Hintergrund bedeutet eine Konzeption, den Osten mit Fraunhofer-Instituten und ähnlicher „Spitzenforschung“ in „Wachstums-kernen“ aufzubauen, dass Politik sich sozial im Wesentlichen nur für soziale Milieus ab Abitur aufwärts engagiert, regional nur für große Städte, während dem Rest, wenn er Pech hat, Hartz IV winkt. Für den künftigen Staatssekretär schien das kein Problem zu sein. Beim Publikum löste diese Perspektive, so der Eindruck des Berichterstatters, dagegen Kopfschütteln aus.

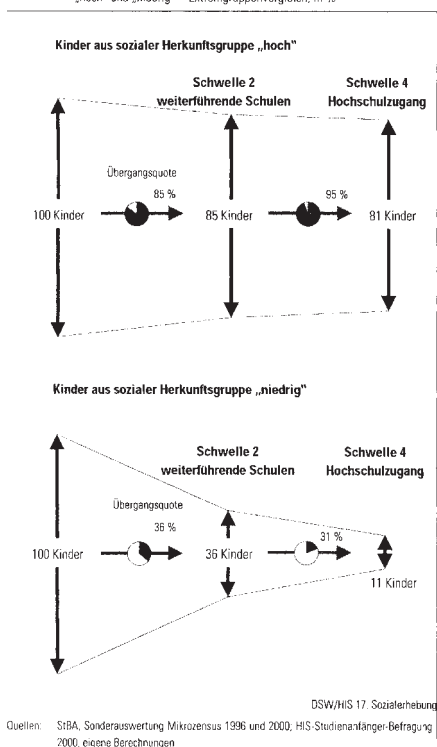
rül

# Der Bildungstrichter

Die Mitte Juni veröffentlichte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes über die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden\* bestätigt vor allem eines: die brutale soziale Selektion, die das Bildungswesen leistet. Die Erhebung nennt vier Schwellen, die es auf dem Weg zur Hochschulbildung zu überwinden gelte, 1. den Übergang von der Grundschule zu Haupt-/Realschule/ Gymnasium; 2. den Übergang von Sekundarstufe I zu II; 3. den Erwerb einer Studienberechtigung und 4. die Aufnahme eines Studiums. Das Schaubild zeigt eindrucksvoll, wie die soziale Herkunftsgruppe – zur Klassifizierung niedrig, mittel, gehoben, hoch sind verschiedene Merkmale wie Schul-/Berufsabschluss der Eltern, Stellung im Beruf u.ä. zusammengefasst – den „Erfolg“ beeinflusst, den die Kinder im Bildungswesen mit statistischer Wahrscheinlichkeit zu erwarten haben. Die Aussicht junger Menschen aus „hoher“ sozialer Herkunftsgruppe auf ein Hochschulstudium ist mehr als sieben Mal höher als die von Jugendlichen der Herkunftsgruppe „niedrig“, und bei „gehobenen Schichten“ ist sie immer noch sechs Mal höher. Daran hat auch die so genannte „Bildungsexpansion“ nichts geändert, also die Tatsache, dass der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung von 11% im Jahr 1970 bis 2002 auf 38% gestiegen ist. Im Gegenteil: Die Zusammensetzung der Studierenden nach sozialer Herkunft hat sich zu Lasten von Studierenden „niedriger“ Herkunfts-

**Bild 3.8 Bildungstrichter: Schematische Darstellung sozialer Selektion 2000**

Bildungsbeteiligung von Kindern aus den sozialen Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ – Extremgruppenvergleich, in %



gruppe von 23% 1982 auf 12% 2003 merklich verschoben.

Der soziale Hintergrund bleibt auch für das Leben der Studierenden und den Verlauf ihres Studiums bestimmend. Zwar stellt die Studie fest, dass die durchschnittliche Höhe der monatlichen Einnahmen der Studierenden (767 €) eher geringe Unterschiede zwischen den sozialen Herkunftsgruppen aufweist (785:750 €), jedoch erhebliche Differenzen im Hinblick auf die Herkunft der Mittel. Bei Studierenden aus „hoher“ Herkunftsgruppe beträgt der Anteil an der Finanzierung des Studiums, den die Eltern aufbringen, 64%, der Anteil der Selbstfinanzierung 22% und der Anteil des Bafög 5% – bei Studierenden aus „niedriger“ Herkunftsgruppe lauten die Werte: 27% Eltern, 32% Selbstfinanzierung, 30% Bafög. Studierende aus der ersten Gruppe arbeiten häufiger, um sich Wünsche erfüllen zu können, Studierende aus der zweiten Gruppe müssen arbeiten, um überhaupt studieren zu können. So nimmt es nicht wunder, dass ein überdurchschnittlicher Anteil so genannter Langzeitstudenten aus der letzten Gruppe stammt. Ab ca. dem 9. Semester steigt die Erwerbstätigkeit von Studierenden aus „hochschulfernen Schichten“ sprunghaft an und sinkt entsprechend die für das Studium verfügbare Zeit. Ursache ist das Ende von Bafög und der Zahlungen der Eltern, die sich das Studium ihres Nachwuchses nicht unbegrenzt leisten können. Die Erhebung liefert hier zwar keine Zahlen, aber man kann vermuten, dass die Abschlussprüfungen an den Hochschulen eine weitere, die fünfte Hürde bilden, an der Studierende aus „niedriger“ sozialer Herkunftsgruppe hängen bleiben.

Für die aktuelle Diskussion um Studiengebühren ist die Studie äußerst aufschlussreich. Sie beweist, dass die jetzt fast überall erhobenen Studiengebühren für „Langzeitstudenten“ sozial selektiv wirken. Sie zeigt ferner, dass die Bafög-Reform und die damit verbundene Erhöhung der Bafög-Leistungen den Zugang von Studierenden aus sozial benachteiligten Gruppen erleichterte, also die Selektion verminderte. Daraus lässt sich schlüssig folgern, dass allgemeine Studiengebühren – diskutiert werden Gebühren von 500 bis 2.500 Euro im Semester – die Selektionsmechanismen verschärfen und dem Nachwuchs ärmerer Bevölkerungsteile weitere Felsbrocken auf den Weg zu Studium und Hochschulabschluss rollen.

Aber es wird auch ein anderes, ein Gerechtigkeitsproblem erkennbar, das in den studentischen Widerstandsbewegungen gegen Studiengebühren kaum eine Rolle spielt. Es resultiert daraus, dass die Öffentlichkeit und damit im Wesentlichen die lohnabhängige, nicht-akademische Öffentlichkeit zur Bestreitung der Kosten eines Bildungs-, einschließlich eines Hochschulsystems, herangezogen wird, das die Reproduktion der jeweili-

gen sozialen Herkunftsgruppen weitestgehend sichert. scc

\* 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003, ausgewählte Ergebnisse, 85 S. (Kurzfassung), unter: [www.studentenwerke.de/](http://www.studentenwerke.de/)

## Mit einer Stimme

**In der jahrelangen Auseinandersetzung zwischen dem Zentralrat der Juden und der Union progressiver Juden steht eine Lösung bevor.**

Laut dem Staatsvertrag erhält der Zentralrat, der 84 jüdische Einheitsgemeinden mit ca. 100.000 Mitgliedern vertritt, darunter auch Juden liberaler Orientierung, jährlich 3 Mio. Euro für seine Arbeit. 15 liberale jüdische Gemeinden mit rund 3000 Mitgliedern hatten gefordert, gleichberechtigt an der für die jüdische Gemeinschaft bestimmten öffentlichen Förderung teilhaben zu können. Bisher waren die von der Union vertretenen Gemeinden an den Fördermitteln nicht beteiligt, da sie nicht Mitglieder des Zentralrates sind. Der Streit war eskaliert, als die Union im Frühjahr mit einer Verfassungsklage gegen die Bundesregierung gedroht hatte. Die in Gesprächen zwischen Vertretern des Zentralrates und der Union getroffene Vereinbarungen zur Lösung müssen noch bestätigt und in die Praxis umgesetzt werden.

Die Union hat den politischen Vertretungsanspruch des Zentralrates anerkannt. Sie stimmte zu, die 15 Unionsgemeinden als Übergangslösung bis zu deren Integration in die Strukturen des Zentralrats an seinen Leistungen zu beteiligen. Danach könnten liberale Gemeinden ab sofort beim Zentralrat Projektmittel für die Förderung der Integration von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion beantragen; auch im Bereich der Jugendarbeit soll kooperiert werden. Die Vertreter beider Seiten waren sich einig, dass noch bestehende Probleme gelöst werden. So könnte es sein, dass es in München und vielleicht auch in Niedersachsen zukünftig zwei Gemeinden gäbe, die Mitglied im Zentralrat sind.

Die Union fordert, unterstützt vom Zentralrat, von den Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen – hier existieren die meisten liberalen Gemeinden –, die Anträge auf Verleihung des Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts schnell positiv zu bescheiden – Voraussetzung für die Aufnahme in den Zentralrat. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Einigungsprozess zu unterstützen, indem sie für eine gesicherte finanzielle Förderung des Rabbinerausbildung am Abraham Geiger Kolleg sorgt, ähnlich der Förderung der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg. scc

Quelle: [www.liberales-juden.de/de/presse.htm](http://www.liberales-juden.de/de/presse.htm)

## Mauer völkerrechtswidrig

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH), das Rechtsprechungsorgan der UNO, hat in einem Gutachten mit 14:1 Stimmen die israelische Sperranlage im Westjordanland und rund um Ostjerusalem als Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet und Israel aufgefordert, Teile der Mauer abzureißen und Palästinenser, die wegen des Mauerbaus enteignet worden waren, zu entschädigen. Das Gericht verwarf die Argumentation Israels, es nehme mit dem Mauerbau das in der UN-Charta verankerte Recht auf Selbstverteidigung wahr. Israel macht geltend, dass die Mauer Terrorangriffe auf israelischem Gebiet zu verhindert und deshalb die einzige Möglichkeit sei, seine legitimen Sicherheitsinteressen zu schützen. Der IGH anerkannte die Tatsache, dass Israel tödlichen Gewaltakten gegen seine Zivilbevölkerung ausgesetzt sei und dass der Staat das Recht und die Pflicht habe, darauf zu antworten und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber der Bau einer Mauer, die überwiegend auf palästinensischem Gebiet verläuft, zum Teil weit vorgeschoben, mit dramatischen Folgen für das Leben zahlreicher Palästinenser, verletzt das Völkerrecht. Das Gericht bekräftigte, was Israel bisher bestreitet: Es ist seit 1967 Besatzungsmacht und damit an die Vierte Genfer Konvention gebunden, die vor allem den Schutz von Zivilpersonen und die Einhaltung ihrer Menschenrechte zum Inhalt hat, sowie an die Regeln des Besatzungsrechts. Der Verlauf der Mauer stelle eine völkerrechtlich verbotene „De-facto-Annexion“ dar.

Die UN-Vollversammlung hatte, wie in der UN-Charta vorgesehen, dem IGH die Frage der rechtlichen Folgen des Mauerbaus vorgelegt. Eine bindende Wirkung hat das Gutachten nicht, aber ignorieren lässt es auch nicht, wie in der Vergangenheit etwa das Gutachten des IGH zur Besetzung Namibias durch Südafrika zeigt. Der IGH verlangt von allen UN-Mitgliedern, Israel zur Beachtung des Völkerrechts anzuhalten.

Die israelische Regierung hat, unterstützt von den USA, das Gutachten in dessen scharf als kritisiert und erklärt, sie werden sich nicht beeindrucken lassen, sondern weiterbauen. Die Ablehnung wird von der oppositionellen Arbeiterpartei und großen Teilen der öffentlichen Meinung geteilt. Gerade erst wurde eine Umfrage der Universität von Tel Aviv veröffentlicht, derzufolge 78% aller jüdischen Israelis sich für den Bau der Mauer aussprechen. Aber es gibt auch kritische Stimmen, auch jenseits des aktiven, aber kleinen radikalen Flügels der israelischen Friedensbewegung. Ein in der Zeitung *Maariv* veröffentlichter Kommentar z.B. warf zwar den Richtern

Unausgewogenheit vor, zog aber als „Lehre aus dem Urteil“, den Zaun nicht auf palästinensischem Gebiet zu bauen, sondern „entlang der Grünen Grenze“, d.h. der international anerkannten Grenze zwischen Israel und den 1967 besetzten Gebieten.

So weit wollte der Oberste Gerichtshof Israels nicht gehen. Aber er entschied vor wenigen Tagen eine gemeinsam von palästinensischen Gemeinden sowie Dutzenden Bürgern benachbarter israelischer Ortschaften angestrenzte Klage dahingehend, den Verlauf des Walls so zu ändern, dass der Eingriff in das Leben der dortigen Palästinenser auf ein Minimum reduziert werde. Er hat, anders als große Teile der Öffentlichkeit, sich damit auseinandergesetzt, dass die Mauer die Lebensstruktur der palästinensischen Bevölkerung zerstört und dass der Verlauf der Mauer nicht Sicherheitserwägungen berücksichtigt, sondern Land annektieren und Palästinenser vertreiben soll. Insofern wird die israelische Regierung, die dem Urteilsspruch unterliegt, nicht umhin können, spürbare Konsequenzen zu ziehen.

Die Israelis hatten ihre Beteiligung an der Klage damit begründet, dass sie in guter Nachbarschaft mit ihren palästinensischen Nachbarn leben. Sie haben ein zentrales Problem thematisiert. Die Basis für friedliche Übereinkünfte ist der zivile Verkehr zwischen Palästinensern und Israelis. Wird er zerstört, wird die Möglichkeit einer friedlichen Lösung zerstört, die den Interessen beider Gesellschaften gerecht wird. Das wiegt noch schwerer als das oft angeführte Argument, dass ohnehin keine Mauer der Welt den bedenkenlosen Terror gegen israelische Zivilisten verhindern kann. Diese Mauer gefährdet auch Israel. *scc*

### Französischer Parlamentsbericht

## Europa-Konzern im Marineschiffbau gefordert

In Frankreich steigt der politische Druck für ein Zusammengehen der staatlichen Direction des Construction Navales (DCN) und Thales, um einen starken Player im Marineschiffbau zu schaffen. Der Staat sollte „beide Unternehmen zur Schaffung einer Partnerschaft ermutigen“, schreibt Jean Lemièrre, Abgeordneter der regierenden UMP, in einem Bericht für die Nationalversammlung über die Zukunft des europäischen Marine-schiffbaus. Der französische Staat ist zu 100 % Eigner von DCN und mit 32,4 % am Kapital von Thales beteiligt.

Französische und deutsche Politiker haben wiederholt gefordert, eine „EADS der Meere“ zu schaffen, in der die nationalen Marine-Werften wie DCN oder HDW aufgehen sollen. Erst Anfang der Woche bekräftigte Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie

erneut dieses Ziel.

Der Thales-Konzernchef Denis Ranque peilt im Gespräch mit der „Financial Times Deutschland“ einen Zeitraum von drei Jahren für die Bildung eines neuen Konzerns nach dem Vorbild des zur EADS gehörenden Flugzeugherstellers Airbus an. „Drei Jahre erscheinen lang, aber wir müssen jetzt starten, weil es in jedem Land noch viele Hausaufgaben zu erledigen gibt“, sagte Ranque.

Als Voraussetzung für die Schaffung einer maritimen EADS gilt aber das Zusammengehen der jeweiligen nationalen Player. Die angekündigte Übernahme von HDW durch Thyssen-Krupp gehe „in die richtige Richtung“, sagte denn auch die Ministerin. Auch die IG Metall unterstützt den Aufbau eines europäischen Werftenverbundes. Anlässlich der Fusion im deutschen Schiffbau unter der Führung von Thyssen sagte der 2. Vorsitzende der IG Metall Huber: „Diese Fusion kann die Grundlage schaffen, um in diesem Segment des deutschen Schiffbaus Kooperationen zu verstärken, Technologieführerschaft anzustreben und Arbeitsplätze zu sichern“. Zugleich machte Huber deutlich, dass die IG Metall einen europäischen Verbund befürwortet, um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Werften gegenüber asiatischen Werften zu stärken. Als Beispiel für einen solchen Verbund könne der von der Luftfahrtindustrie geschaffene europäische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS dienen. (*Die Welt*, 11. Juni 2004)

Als erste Etappe für einen Zusammenschluss von DCN und Thales schlägt Lemièrre in seinem Bericht vor, den Pol „Schiffe und Systeme“ von DCN mit Sitz in Cherbourg und Lorient mit den Aktivitäten von Thales Naval France in ein neues Gemeinschaftsunternehmen zusammen zu legen. In einem zweiten Schritt könnten die Service- und Wartungseinheiten von DCN eingebracht werden. Als Langfrist-Perspektive würde ein Zusammengehen mit HDW-Thyssen-Krupp Sinn machen; diese Partnerschaft soll dann auf die italienische Fincantieri und die spanische Izar erweitert werden.

Angesichts der verschärften Konkurrenz aus den USA und Asien hält Lemièrre die Konsolidierung der zersplitterten europäischen Marineaktivitäten für dringend erforderlich. Im zivilen Schiffbau haben die asiatischen Staaten ihren Anteil in 15 Jahren auf 85 Prozent des Weltmarktes ausgebaut. Im militärischen Schiffbau halten die Europäer noch rund 30 Prozent Marktanteil. Doch der Druck vor allem aus den USA nimmt zu. Zum einen würden US-Werften verstärkt nach Allianzen und Kooperationen Ausschau halten. Zum anderen haben die USA das Programm zur Konstruktion eines Littoral Combat Ships (LCS) gestartet, von dem die US Navy bereits 60 Stück geordert hat. Das Schiff sei ein ernsthafter Konkurrent auf den Exportmärkten. *hav*



Nach jahrelangem Kampf, zähen Verhandlungen und zahlreichen Demonstrationen haben rund 10000 häusliche Pflegekräfte, die für das Fresno County tätig sind, ihren ersten Tarifvertrag erreicht. Unterstützt von der größten Gewerkschaft im Gesundheitswesen im Westen der USA erkämpften sie eine Krankenversicherung für alle, die über 80 Stunden im Monat arbeiten, sowie eine deutliche Erhöhung ihrer Löhne. Damit verzeichnet die auffällig erstarkende Bewegung im Niedriglohnbereich einen wichtigen Erfolg. – Die Pflegedienste hoffen, dass sie durch die deutliche Verbesserung für die Beschäftigten attraktiver werden. Denn Unterbezahlung und fehlende Gesundheitsversicherung der Pflegekräfte führten auch dazu, dass die Versorgung von über 12.000 alten Menschen und Menschen mit Behinderung, die zu Hause gepflegt werden, nicht sichergestellt war. Deshalb fand der Kampf für einen Tarifvertrag bei ihnen große Unterstützung. (Quelle und Bilder: Indymedia San Francisco)

## Das Gefängnissystem in den USA: Hugo Pinell



Es ist hierzulande kaum bekannt, dass nach wie vor eine große Anzahl ehemaliger Aktivisten der schwarzen Widerstandsbewegung der 60er Jahre im Gefängnis ist. Nicht wenige wurden mit mehr als fragwürdigen Anklagen in mehr als fragwürdigen Prozessen zu langen Strafen abgeurteilt. Sie sind bis heute der Rache des Staates ausgeliefert, die auch solche Gefangene trifft, die erst im Gefängnis mit der Widerstandsbewegung in Kontakt kamen. Einer von ihnen ist Hugo Pinell, der seit nunmehr über 40 Jahren im Gefängnis ist. Er wurde 1964 verhaftet, als er 19 Jahre alt war, und zu einer Strafe von drei Jahren bis lebenslänglich (!) verurteilt. Im Gefängnis von San Quentin schloss er sich der schwarzen Gefangenenbewegung an, wurde nach einer von der rassistischen White Aryan Movement provozierten Auseinandersetzung im Gefängnis Anfang der 70er Jahre wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Seither sitzt er im Hochsicherheitstrakt verschiedener Gefängnisse, seit 1990 in Pelican Bay in fast totaler Isolation. Hier verbringt er einundzwanzigeinhalb Stunden am Tag in fensterlosen, videoüberwachten Zellen, hat nur äußerst selten Kontakt zu anderen Gefangenen. Abgesehen von wenigen Büchern ist alles andere in seiner Zelle verboten. Besuch kann er nur in einer Besucherzelle ohne Körperkontakt und mit Verständigung über Telefon mit seinen

Besuchern (Bild) erhalten. Seit er in Pelican Bay ist, hat er noch kein einziges Telefonat nach draußen führen können. Das Tageslicht hat er zum letzten Mal in den 70er Jahren gesehen. Seine Mindesthaftzeit hat er seit 18 Jahren verbüßt; Klagen über sein Verhalten im Gefängnis gibt es seit 25 Jahren nicht. Seine Mitangeklagten sind alle längst freigelassen. Jetzt hat die Strafausschusskommission zum fünften Mal seine Entlassung verweigert. Die nächste Anhörung findet frühestens in zwei Jahren statt. (Quelle: Angehörigen Info 287)

## Milosevic-Prozess: Gericht laviert

Einen Tag, nachdem das UN-Tribunal in Den Haag den Prozess gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, setzte es als nächsten Verhandlungstermin den 14. Juli fest. Vom Gericht bestellte Herzspezialisten hatten Milosevic, der u.a. wegen Herzschwäche immer wieder handlungsunfähig war, in einem Attest extrem hohen Blutdruck und ein erhöhtes Herzinfarktrisiko vor allem in Stresssituationen attestiert. Das Gericht wollte daraus nicht den Schluss ziehen, dass Milosevic nicht verhandlungsfähig sei, sondern nur, dass er sich nicht mehr selbst verteidigen könne. Der Staatsanwalt forderte die zwangsweise Berufung eines Pflichtverteidigers oder eine Live-Videoschaltung vom Gerichtssaal in Milosevics Zelle. Milosevic, der die Eröffnung seiner Verteidigung vorbereitet, forderte eine Verschiebung um einen Monat. Nachdem die Anklage bisher 300 Zeugen in zwei Jahren aufgeboten hat, will Milosevic nun 1.300 Zeugen la-

den lassen, darunter die Staats- und Regierungschefs der Länder, die für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien verantwortlich waren: Bill Clinton, Tony Blair, Gerhard Schröder und andere.

## Afghanistan: Wahlen erneut verschoben

Zum zweiten Mal wurden jetzt die erst für Juni, dann für September vorgesehenen Parlaments- und die Präsidentenwahlen verschoben. Dafür gibt es wahrscheinlich mehrere Gründe. Ein Grund ist liegt in der sich nach wie vor verschlechternden Sicherheitslage. Die Entwaffnung der regionalen Kriegsherren kommt nicht voran. Zu Beginn der geplanten Entwaffnung in der westafghanischen Stadt Herat kamen vor wenigen Tagen bei einem Bombenanschlag 5 Menschen zu Tode. Auch die Taliban haben sich reorganisiert. Zweitens liegt es im Interesse der Nato, das Regime Karsai zu festigen. Nach der Verfassung nämlich sollen die Parlaments- und Präsidentenwahlen zum gleichen Termin stattfinden. Jetzt aber wurden die Präsidentenwahlen für den 9. Oktober, die Parlamentswahlen für Frühjahr 2005 terminiert. Die US-Regierung äußerte ebenso wie die Bundesregierung sofort Zustimmung. Der Sieg ihres Kandidaten Karsai bei den Präsidentenwahlen gilt als sicher. Seine Aussichten, die Parlamentswahlen zu gewinnen, sind dagegen allen Berichten zufolge sehr gering. So kann er, ausgestattet mit weitreichenden Vollmachten, seine Position festigen, bevor ein Parlament gewählt wird.

## Irak: Katastrophale Gesundheitssituation

So lautet die Zusammenfassung eines Berichts von Dr. van Moorter, der für eine belgische Hilfsorganisation die Situation mehrere Wochen vor Ort untersuchte. Die Nahrungssituation und die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich mehr als ein Jahr nach „Kriegsende“ sehr verschlechtert. Die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung hat keine Arbeit und kein Einkommen. Die Preise für Lebensnotwendiges haben sich verdoppelt und verdreifacht. Die Qualität des Trinkwassers wird nicht kontrolliert, das Abwassersystem ist beschädigt, es gibt nach wie vor keine regelmäßige Müllabfuhr; Irak ist zu einer großen Müllhalde geworden. Alle diese Anzeichen lassen eine zunehmende Kindersterblichkeit erwarten, was auch von der WHO befürchtet wird. Bei der medizinischen Infrastruktur und den Medikamenten hat sich die infolge des zwölfjährigen Embargos schlechte Situation weiter verschlechtert. Hinzu kommt, dass US-geführte Truppen immer wieder auch Krankenhäuser, Krankenwagen und Zivilpersonen angreifen.

Zusammenstellung: scc

KIEL. Knapp 1000 Menschen demonstrierten am 7. Juli 2004 vor der Innenministerkonferenz (IMK) in Kiel für ein umgehendes Bleiberecht von geduldeten Flüchtlingen und gegen die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete. Ihre Forderungen bleiben ungehört. Weder Flüchtlinge aus dem politisch und infrastrukturell ruinierten Afghanistan, noch Menschen aus dem weiterhin kriegsgeschüttelten Irak oder aus Tschetschenien können auf ein endgültiges Bleiberecht hoffen. Für alle gilt weiterhin das Prinzip: „Raus, sobald wie möglich!“ Ganz auf dieser Linie liegt, wenn die Innenminister einstimmig begrüßen, dass mittlerweile schon gegen 4.500 anerkannte irakische Flüchtlinge ein Widerrufverfahren ihrer Flüchtlingseigenschaft eingeleitet worden ist. Wenn die IMs der Länder SH, B, MV, NRW, RP im Protokoll der IMK vermerken lassen, dass sie eine Bleiberechtsregelung angesichts der Fakten- und Sicherheitslage im Kosovo für geboten halten, ist dies aller Ehren wert, bleibt aber eingedenk des „Einstimmigkeitsprinzips“ der IMK wirkungslos. Mit Ende der Konferenz hat Otto Schily immerhin eingeräumt, dass das von ihm üblicherweise vertretene Prinzip des „regelmäßig vorübergehenden Flüchtlingsschutzes“ unter Berücksichtigung der Situation in den Herkunftsländern auch Ausnahmen bedürfe. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)



## Aufruf zu Aktionen am 20. Juli – Nie wieder Auschwitz

BOCHUM. Angesichts der ungeheuerlichen Vorgänge am 26. Juni in Bochum, als Nazis mit dem Segen des Bundesverfassungsgerichtes und unter dem Schutz der Polizei wieder gegen Juden hetzen durften, rufen Verfolgte des Naziregimes und ihre Angehörigen zu Demonstrationen am 20. Juli vor dem Bundesverfassungsgericht und vor dem Bochumer Polizeipräsidium auf. In einem Aufruf der Bochumer VVN/BdA heißt es: „In wenigen Tagen wird wieder der 20. Juli mit vielen Reden und Berichten zum Widerstand gegen das Hitlerregime begangen. Es ist gleichgültig, wie man zu den Motiven der Offiziere steht, unstrittig ist, dass dieser Widerstand viel zu spät kam. Wir stellen uns lieber in die Tradition derer, die frühzeitig vor der faschistischen Gefahr gewarnt hatten und die Widerstand geleistet hatten, bevor der braune Spuk an der Macht war, derer, die auch nach 1933 weiterhin Widerstand leisteten. Wir wollen aber diesen Tag nutzen, um über die Sonntagsreden hinaus zum Widerstand gegen die faschistische Gefahr aufzurufen, jetzt, morgen und an allen Tagen, bevor es mal wieder zu spät ist. Wir rufen deshalb auf zu einer Kundgebung vor dem Polizeipräsidium Bochum am 20. Juli 2004 um 18 Uhr.“

Wenn heute das Bundesverfassungsgericht grünes Licht für Naziaufmärsche gibt, in denen gegen den Bau einer Synagoge gehetzt wird, dann ist für uns Widerstand dagegen angesagt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik gibt uns darin Recht. Jeder hat ein Recht auf und sogar die Pflicht zum Widerstand, wenn Grundrechte bedroht sind. Wir wenden uns an alle, leistet Widerstand gegen weitere Naziprovokationen. Stellt Euch quer! Wir wenden uns an die Poli-

zei: Niemand kann Euch zwingen, für mehr als die körperliche Unversehrtheit der Faschisten einzutreten. Den Weg freimachen kann man zwar befehlen, aber auch für Polizisten gilt die Pflicht zum Widerstand.

Lernen wir von den Männern des 20. Juli: Leisten wir Widerstand, bevor es zu spät ist.“ [www.bo-alternativ.de](http://www.bo-alternativ.de)

## Erfolgreicher Protest gegen rechtsextreme Burschenschaftler

HEIDELBERG. Am 10. Juli 2004 führte die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) eine Kundgebung gegen die rechtsextremen Bestrebungen der Heidelberger Burschenschaft Normannia durch. Etwa 80 TeilnehmerInnen hatten sich unter dem Motto „Nazi-Strukturen aufdecken – Gegen Faschisten aller Couleur!“ auf dem Kornmarkt eingefunden. Anlass war das für diesen Tag angekündigte Tagesseminar „Deutschland in der Globalisierungsfalle?!“, zu der die Burschenschaft folgende Redner eingeladen hatte: Michael Nier, u.a. NPD-Kandidat für die Europa- und die Sächsischen Landtagswahlen 1999 und Autor in zahl-

reichen rechtsextremen Zeitschriften, wie z.B. „Nation & Europa“; Gerhoch Reisegger, Referent auf Revisionistentagungen und angekündigter Redner beim sog. „Pressefest“ der NPD-Publikation „Deutsche Stimme“ im August in Ostdeutschland; Karl Richter, ehem. Bundes- und Landesfunktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Redakteur bei „Nation & Europa“ u.a., 1995 wegen Volksverhetzung verurteilt; Eberhard Hamer, Veröffentlichungen bspw. in der rechtsextremen Zeitschrift „Junge Freiheit“. Nier, Richter und Reisegger sind gegenwärtig als Autoren für die Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, herausgegeben vom rechtsextremen Grabert-Verlag, tätig.

Lea Roth, Sprecherin der AIHD, dazu: „Durch unsere Kundgebung und die ausführliche Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld (z.B. mit einer Broschüre, siehe Bild) ist es uns gelungen, die braunen Machenschaften der Heidelberger Burschenschaft Normannia ans Licht zu zerrén. Der dadurch entstandene Druck zwang die Burschenschaftler, konspirativ nach Veranstaltungsorten suchen zu müssen. Zwischenzeitlich behaupteten sie sogar, das Tagesseminar abgesagt zu haben ... Alles in allem bewerten wir unsere Arbeit als Erfolg. Nicht zuletzt, weil auch in der Berichterstattung der Medien die Normannia mittlerweile da angesiedelt wird, wo sie schon immer steht: Tief im neofaschistischen Sumpf! Jetzt wird es interessant zu sehen, wie diejenigen, die bis jetzt ihre Augen vor diesen Tatsachen verschlossen haben, reagieren werden. Zum Beispiel die Stadt, die die Normannia alljährlich am „Volkstrauertag“ auf dem Ehrenfriedhof in ihren Reihen mitmarschieren lässt, und die anderen Studentenverbindungen.“

[www.autonomes-zentrum.org/ai](http://www.autonomes-zentrum.org/ai)



## Antirassistische Initiative erhebt Strafanzeige gegen Berliner Richter

BERLIN. In der Berliner Zeitung vom 28. Juni 2004 (Seite 3, Nr. 148) hat sich der Richter vom Amtsgericht Schöneberg, Dietrich Lexer, so geäußert: „Die Mongolen, hat er gehört, lügen aus Spaß ... Zentralafrikaner treten eher anmaßend auf. Bei einem Araber kommt man nie zu einem Ergebnis, weil unendlich palavert wird. Zigeunerinnen können auf Knopfdruck hyperventilieren.“ Über eine Nigerianerin, die sich mehrmals gegen die gewaltsame Abschiebung gewehrt hatte und letztendlich – statt mit einer Linienmaschine – mit einer Chartermaschine ausgeflogen wurde, sagt er wörtlich: „Ich finde, man könnte dieser Frau im Linienflugzeug nur mal das Klebeband zeigen.“

Die Antirassistische Initiative Berlin hat Strafanzeige und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diesen Richter erhoben. Sie schreibt: „Sein Sprachgebrauch ist rassistisch. Er greift nicht nur die Menschenwürde der Gefangenen dadurch an, dass er sie durch Stereotypisierungen böswillig verächtlich macht oder verleumdet, er befürwortet auch, dass Polizeibeamte widerstrebende Gefangene mit verbotenen Zwangsmitteln bedrohen, damit sie sich – aus Todesangst – in ihre Abschiebung fügen. Vor dem Hintergrund der Erstickungstode von Flüchtlingen in deutschen Flugzeugen bei Abschiebungen könnte dies auch die Aufforderung zu Körperverletzung, Folter oder Tötung beinhalten.“ [www.nadir.org/nadir/aktuell/2004/07/08/24649.html](http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2004/07/08/24649.html)

## 2 Frankfurter Initiativen kündigen Kampagne gegen Folter an

FRANKFURT A. MAIN. Einem Prozess gegen den ehemaligen Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei, Wolfgang Daschner, wegen Androhung von Folter steht nichts mehr im Weg. Das Landgericht Frankfurt/Main gab die Eröffnung des Hauptverfahrens bekannt. Daschner hatte, gemeinsam mit weiteren Polizeibeamten, im Jahr 2002 einem beschuldigten Kindesentführer während eines Verhörs Folter angedroht.

Mit einer kritischen Prozessbeobachtung, Informationsveranstaltungen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen wollen zwei Frankfurter Gruppen der Aushöhlung grundlegender Menschenrechte entgegenzutreten. Die Autonome Antifa [f] und das Frankfurter Büro der bundesweiten Initiative Libertad! sprechen sich angesichts der zu Prozesseröffnung zu erwartenden erneuten öffentlichen Debatte, nachdrücklich für das in der UN-Antifolterkonvention von 1984 festgeschriebene Verbot jedweder körperlicher und psychischer Misshandlung von Gefangenen aus.

Die beiden in Frankfurt ansässigen Gruppen sehen die Infragestellung des Folterverbots in einer Reihe mit der ge-

planten Einführung von biometrischen Daten, der sogenannten „Präventivhaft“ und des neuen Zuwanderungsgesetzes. Die Autonome Antifa [f] und Libertad! wollen die Demontage des Rechtsstaats durch sich selbst nicht schweigend hinnehmen und kündigen ihrerseits eine Kampagne an, die sich gegen Folter als Ausdruck einer reaktionären Sicherheitspolitik richtet. [www.frankfurter-info.org/1089403714/index\\_html](http://www.frankfurter-info.org/1089403714/index_html)

## „Vorwärts – und viel vergessen“ Geschichte sozialer Bewegungen

BREMEN. In Nachfolge der Tagung Making History – Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft, die im Oktober 2003 in München stattfand, wird sich die Tagung vom 1.10.–2.10.2004 in Bremen (Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr. 12) mit der Geschichte der und der Geschichtsschreibung über die neuen sozialen Bewegungen befassen. Vorgesehen sind eine Eröffnungsveranstaltung am Freitag, thematische Workshops und ein Vernetzungsplenum am Samstag. Ziel der Tagung ist neben theoretischer Reflexion und kritischer Debatte die weitere Verstärkung eines Netzwerkes kritischer HistorikerInnen und anderer historisch-politischer Arbeitender. VeranstalterInnen sind die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen, der Arbeitskreis Kritische Geschichte und die Rosa Luxemburg Stiftung. Weitere Infos unter [www.kritische-geschichte.de](http://www.kritische-geschichte.de)

## Fluglärmsgesetz: unzureichend und doch unverzichtbar

BERLIN. Der Ende Juni vorgelegte Entwurf der Fluglärmsgesetz-Novelle bietet keinen ausreichenden Schutz vor Fluglärm und macht den Flugverkehr nicht umweltverträglicher. Das kritisieren der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) und des Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Auftrag aller im Arbeitskreis Flugverkehr vertretenen Umwelt- und Lärmschutzverbände. Der Entwurf des Bundesumweltministeriums enthalte lediglich den seit 30 Jahren überfälligen Schritt zu einer angemessenen Finanzierung passiver Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden in Flughafennähe. Von gesundheits- und umweltgerechten Grenzwerten könne keine Rede sein. Trotzdem müsse befürchtet werden, dass selbst diese Minimallösung im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch weiter abgeschwächt werde. Da der Novellierungsvorschlag für das Fluglärmsgesetz nicht über die Vereinbarungen zur so genannten Mediation hinaus geht, sondern z. B. in der Frage der Nachtflugbeschränkungen sogar noch hinter der Vereinbarung zurück bleibt, sei die Kritik der Fraport AG an diesem Gesetzentwurf völlig unangebracht. Die Hessische Landesregierung und die Fraport AG müssten viel-

mehr alles tun, um die Novelle an die z. T. schärferen Bestimmungen der Mediations-Vereinbarung anzupassen.

„Die heftige Kritik des Novellierungsvorschlages durch die Hessische Landesregierung und die Fraport AG kommen einer unerklärten Kündigung des Mediations-Ergebnisses gleich“, stellt Thomas Norgall vom BUND fest.

[www.umwelt.org/robin-wood/index.htm](http://www.umwelt.org/robin-wood/index.htm)

## Aktion „Sozialraub Stopp!“ am 23. Juli auf dem Börsenplatz

KÖLN. Ende April hat sich in Köln mit elf Organisationen ein Ableger des „Bündnis Soziale Bewegung NRW“ gegründet. Damit ist dieses von ver.di initiierte Bündnis nun in 22 Städten und Regionen Nordrhein-Westfalens vertreten. Am 23. Juli findet die erste gemeinsame Aktion statt: „Sozialraub Stopp!“. Während der Aktion auf dem Kölner Börsenplatz wird ein symbolisches Band von der Börse zum Arbeitsamt gezogen und damit dagegen protestiert, dass Unternehmen und Politik die Arbeitslosen mit Füßen treten –



was auch bildlich deutlich werden wird, denn die Arbeitslosen liegen entlang dieses Bandes tatsächlich „auf der Straße“.

Lokalberichte Köln,

Bild [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

## Treffen zur Vorbereitung eines Sozialforums in Deutschland

FRANKFURT A. MAIN. Bereits seit einiger Zeit bereitet die „Initiative für ein Sozialforum in Deutschland“ die deutsche Ausgabe eines Sozialforums vor. Im Ergebnis des Perspektivenkongresses vom Mai 2004 in Berlin beteiligen sich daran inzwischen viele Initiativen und soziale Bewegungen. Das geplante Sozialforum ist für den Sommer 2005 geplant und „soll den Geist der Weltsozialforen und der Europäischen Sozialforen“ in Deutschland verankern. Ein umfassendes Vorbereitungstreffen findet am Samstag und Sonntag, dem 17. und 18. Juli 2004 in Frankfurt/Main im Titusforum, Walter-Möller-Platz 2 (Nordweststadt) statt. Anmeldungen bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 66–77, Tel.: 069/242499–50, Fax: –51, E-Mail: [Frieden-und-Zukunft@t-online.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@t-online.de).

## Streit um Personalschlüssel und Elternbeiträge

SCHWERIN. Der Schweriner Landtag muss sich voraussichtlich noch in diesem Jahr erneut mit dem im März verabschiedeten Kita-Gesetz befassen. Vertreter einer Volksinitiative zur Änderung des Gesetzes übergaben am 1. Juli 2004 im Landtag 24.000 Unterschriften. Damit eine solche Initiative im Parlament behandelt wird, sind 15.000 Unterschriften nötig. Die Initiatoren, darunter die Gewerkschaft GEW, fordern unter anderem einen verbindlichen Personalschlüssel und einheitliche Elternbeiträge.

In zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächsrunden mit Eltern, Trägern und Kolleginnen wurde immer wieder deutlich, dass mit dem neuen Gesetz zwar theoretische Aspekte von Bildung und Erziehung in der Kindertagesförderung festgeschrieben wurden, aber die Faktoren der Umsetzung, die weitgehend im Gesetz geregelt werden, die notwendige Qualität von Bildung und Erziehung nicht sicherstellen.

Ein großer Schwerpunkt ist hierbei die Finanzierung.

Das Land wird sich auch weiterhin an den Kosten beteiligen, legt aber einen Betrag pro Kind fest, der nur eine 2%-ige Steigerung pro Jahr vorsieht. Durch die Heranziehung der tatsächlich anfallenden Kosten in jeder Einrichtung wird das wahre Kostenrisiko nun ganz allein auf die Kommunen und Eltern verlagert.

Die Jugendämter regeln in Satzungen und Richtlinien die weitere Ausgestaltung des Gesetzes.

Hier zeichnet sich ab, dass dadurch sehr unterschiedliche Bedingungen für einen Zugang in den Einrichtungen des Landes geschaffen werden. Besonders bei Krippenplätzen, Ganztagsplätzen im Kindergartenalter und Hortplätzen ist davon auszugehen, dass die Eltern es mit diesem Gesetz schwerer haben werden, einen notwendigen Platz zu bekommen, da ein Rechtsanspruch nur für 30 Stunden in der Woche im Kindergartenalter besteht. Diese Grundsätze der Finanzierung führen auch zu sehr unterschiedlichen Elternbeiträgen, die zum neuen Jahr zu erwarten sind. (...)

Die Arbeitsbedingungen der rund 7.500 Kolleginnen werden sich dadurch nicht verbessern, eher verschlechtern, denn ca. 80 Prozent der Kita-Kosten sind Lohn und Gehalt der Kolleginnen.

Die im Gesetz vorgesehene Zeit für Fort- und Weiterbildung sowie für die notwendige pädagogische Vorbereitung wird durch die Satzungen der Jugendämter unter dem Aspekt des Geldmangels sehr eingeschränkt gewährt. Der gleiche Grund betrifft die im Gesetz vorgesehene Staffelung der Elternbeiträge, die aus unserer Kenntnis bisher kein Landkreis geregelt hat, da dies zusätzliche finanzielle Mittel binden würde, die durch die Landkreise und kreisfreien Städte im Wesentlichen aufzubringen wären. All diese Faktoren wirken negativ auf die Rechte der Eltern ein und lassen den Ansatz des Gesetzes an der Realität scheitern.

[www.gew-mv.de](http://www.gew-mv.de)

## Kita-Etat: Verbände lehnen Kürzung ab

Die Hamburger Wohlfahrtsverbände haben die von der Sozialbehörde geplante Reduzierung des Etats für die Kinderbetreuung um 50 Millionen Euro im kommenden Jahr abgelehnt. Sollte die Behörde daran festhalten, lediglich 289 Millionen Euro für die Kitas einzuplanen, werde man in den Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung zu keiner Einigung kommen, erklärten Vertreter des Diakonischen Werks, der Caritas, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und der Arbeiterwohlfahrt. Wenn die Stadt daran festhalte, werde der Personalstandard in den Kindertagesstätten unter den Wert von vor 20 Jahren sinken. In dem Entwurf für den Haushaltsplan 2005/2006 sind für die Kinderbetreuung



289 beziehungsweise 285 Millionen Euro vorgesehen. In diesem Jahr will die Stadt dafür rund 338 Millionen Euro ausgeben. Einen Großteil der Einsparungen sollen dabei offenbar die Träger übernehmen, denen die Behörde geringere Entgelte für die Betreuung der Kinder zahlen will. Die Wohlfahrtsverbände machten hingegen klar, dass auf Grund des zwischen Regierung und Opposition gefundenen Kita-Kompromisses die Aufwendungen für die Kinderbetreuung steigen. Selbst die Sozialbehörde erwarte, dass die Zahl der zu betreuenden Kinder im kommenden Jahr um 5000 auf dann rund 55 000 steigen werde. Der Kita-Kompromiss sieht vom 1. Januar 2005 an die Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Betreuung von Kindergartenkindern von derzeit vier auf fünf Stunden vor. Zudem haben berufstätige Eltern von Krippenkindern vom 1. August dieses Jahres an ebenfalls einen Anspruch auf die Betreuung ihres Nachwuchses in der Kinderkrippe. (Die Welt, 3.7.04)

## Kampf um Ganztagsbetreuung

MAGDEBURG. Dem Landtag von Sachsen-Anhalt liegen mittlerweile drei Gesetzesentwürfe für eine veränderte Kinderbetreuung vor. Landesregierung und SPD brachten am 9. Juli 2004 ihre Entwürfe ins Plenum ein. Am Vortag hatte bereits ein Vertreter des Volksbegehrens gegen Einschnitte bei der Kinderbetreuung sein Gesetz eingebracht. Während das Volksbegehren Einschnitte komplett rückgängig machen will, plant die Regierung nur marginale Änderungen. Die SPD fährt bei der Länge der Kinderbetreuung eine Kompromisslinie.

Die Sozialdemokraten wollen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auf sieben Stunden am Tag verankern. Die Landesregierung will die bestehende Regelung erhalten, allerdings sollen einige Klarstellungen erfolgen. Diese beziehen sich auf die Wahlfreiheit von Kindertagesstätten und den Betreuungsanspruch im Mutterschutz. Das Volksbegehren pocht auf die Wiedereinführung des 2003 abgeschafften Rechtsanspruchs auf eine Ganztagesbetreuung für alle Kinder.

Sozialminister Gerry Kley (FDP) bekräftigte, das derzeitige System der Kinderbetreuung habe sich bewährt und sei bundesweit vorbildlich. Die Regierung will ihren Entwurf bei einem wahrscheinlichen Volksentscheid offensichtlich nicht als Alternativentwurf einbringen. Einen Zusammenhang zwischen dem Gesetzesentwurf des Landes und dem Entwurf des Volksbegehrens gebe es nicht, stellte Kley klar. Die SPD würde dagegen ihren Entwurf durchaus als Alternative sehen, allerdings gilt der SPD-Vorstoß nicht als mehrheitsfähig.

Für eine Ganztagsbetreuung hatten im Rahmen eines Volksbegehrens mehr als 260.000 Menschen unterschrieben. Das Parlament muss das Gesetz nun innerhalb von vier Monaten beschließen. Geschieht dies nicht, kommt es zu einem Volksentscheid. Derzeit haben in Sachsen-Anhalt die Eltern Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Kindergärten oder Krippen, die berufstätig sind. Kinder arbeitsloser Eltern werden bis zu fünf Stunden täglich betreut. (Mitteldeutsche Zeitung, 12. Juli 2004) [www.mz-web.de](http://www.mz-web.de)

**Zugang, Ausstattung und Finanzierung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung werden bundesweit immer härter politisch umkämpftes Gebiet. Während Fachdiskussion und Öffentlichkeit sich dem Konzept einer kulturell und sozial vielfältigen Vor- und Grundschulerziehung zuwenden, werden insbesondere auf der Ebene der Länder die berichtigten Stellschrauben so justiert, dass der Zugang schwieriger und die Qualität gefährdet wird. Steckt dahinter eine Strategie, die Angebote der Gemeinschaftserziehung zu schwächen in der Erwartung, dass die „fordernde Sozialpolitik“ ein Riesenangebot von Dienstleistungskräften zu minimalen Löhnen schaffen wird? Die Wiederauferstehung von Amme und Kindermädchen könnte allerdings die entscheidende Qualität einer Gemeinschaftserziehung in keiner Weise ersetzen. Es bleibt der politische Kampf um Quantität, Qualität und Zugang.**

**Stuttgart: Kräftiger Ausbau der Ganztagesbetreuung**

## Stückwerk, Qualität steht leider hintenan

Erfreulicherweise werden in Stuttgart nun doch jährlich eine Million Euro investiert, um die Ganztagesplätze im Bereich für Drei- bis Sechsjährige auszubauen. Bis Herbst 2005 soll in dieser Altersstufe der Bedarf für die Ganztagesbetreuung im Wesentlichen abgedeckt sein. Das bedeutet immerhin noch einen Ausbau um 716 Plätze.

Die längst erwartete Abnahme der Kinderzahlen dieser Altersstufe tritt wohl nicht ein, denn auch im Kleinkindbereich fehlen immer noch rund 1300 Plätze. Diese sind auf Grund des hohen Betreuungsbedarfes in dieser Altersgruppe natürlich kostenintensiver. Deshalb wird hier langsamer gefahren, die Hoffnung auf Reduzierung der Zahl der Kinder in Stuttgart ist immer noch da. In der Verwaltung wird damit gerechnet, dass bald Kindergartenplätze in Krippenplätze umgewandelt werden können. Vielleicht wird dies auch nur zur Beruhigung der



Leute ins Spiel gebracht. Denn in Stuttgart scheint der Bedarf an Plätzen immer weiter zu steigen, gerade im Kleinkindbereich. Viele Frauen gehen zurück in die Berufstätigkeit und das wieder früher. Die Aufnahme von Zweijährigen in die Kindergartengruppen und die Flexibilisierung in der Betreuungszeit, die nun geplant ist, werden da bei weitem nicht reichen. Unerfreulich ist, dass der Ausbau des Hortes nicht nur nicht geplant ist, sondern dass sich in Stuttgart die Qualität der Versorgung der Schüler rapide verschlechtern soll.

Angaben über die Anzahl der fehlenden Hortplätze werden gar nicht mehr gemacht.

Die Versorgung der Schulkinder soll an die Schulen abgegeben werden, was an sich nicht zu kritisieren wäre, stimmte dabei der Qualitätsstandard!

Schon häufig wurde in unserer Zeitung (Kommunale Berichte Stuttgart) berichtet, wie die Versorgung der Schüler aus der Zuständigkeit des Jugendamtes und deren Tagesstätten immer mehr an die Schulen verlagert wird: Kernzeitenbetreuung, Hort an der Schule sind Unterbringungsformen, die zwar die Berufstätigkeit einiger Mütter erlauben, die aber einen geringeren Standard bieten. Weniger und teilweise unausgebildetes Personal, schlechtere räumliche Bedingungen und Probleme in den Ferienzeiten sind hier die Hauptpunkte.

Nun soll unter dem Motto „Erhalt der Angebotsvielfalt“ in diesem Bereich der Schülerhort zum Abschuss freigegeben werden, er ist die teuerste Form der Versorgung von Schulkindern. Aber eben auch die qualitativ am höchsten zu bewertende. Mit Fachpersonal und eingebunden in die Strukturen des Stadtteils und in die der Tageseinrichtungen sichert



### Städtetag und Gemeindebund für bessere Kinderbetreuung, sehen aber die Finanzierung bisher nicht als gesichert an

BERLIN. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund halten den Ausbau der Kinderbetreuung für notwendig, sehen die Finanzierung dafür anders als die Bundesfamilienministerin bisher aber nicht als gesichert an. „Mehr Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren sind familienpolitisch sinnvoll. Die Städte und Gemeinden werden den Ausbau gerne forcieren, wenn ihnen die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies ist bisher jedoch nicht der Fall“, erklärten heute die Hauptgeschäftsführer des Städtetages und des Gemeindebundes, Dr. Stephan Articus und Dr. Gerd Landsberg. Sie appellierten vor der Kabinettsklausur in Neuhausen an die Bundesregierung, den Kommunen nicht per Gesetz neue Ausgabenpflichten für die Kinderbetreuung aufzuerlegen, ohne eine eigenständige Finanzierung dafür zu sichern. „Die 3,2 Milliarden Euro, mit denen sich der Bund an der Finanzierung von Hartz IV beteiligt, müssen die Kommunen für die Unterhaltskosten für Langzeitarbeitslose aufwenden. Dieses Geld kann man nicht zweimal ausgeben“, so Articus und Landsberg.

Zur Darstellung der Bundesfamilienmi-

nisterin, mit der in Aussicht gestellten Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei der Ausbau der Kinderbetreuung gesichert, stellten Städtetag und Gemeindebund fest:

Erstens stehe die Entlastung der Kommunen mindestens solange noch auf wackeligen Füßen, bis die Länder die volle Weitergabe ihrer eigenen Entlastungen an ihre Kommunen gesetzlich gesichert haben. Die 3,2 Milliarden Euro des Bundes und die Revisionsklausel dienten fast ausschließlich dem Ausgleich neuer Belastungen der Kommunen durch Hartz IV. Zweitens hätten sich alle drei kommunalen Spitzenverbände immer wieder dagegen gewandt, dass der Bund mögliche Entlastungen durch Hartz IV, die Teil einer Gemeindefinanzreform sein sollten, sofort wieder für neue Ausgaben der Kommunen verplane.

Drittens sei der Ausbau der Kinderbetreuung nicht mit den von der Bundesregierung genannten 1,5 Milliarden Euro zu finanzieren. Nach übereinstimmenden Schätzungen des Städtetages und der Konferenz der Landesjugendminister seien 2,5 Milliarden Euro erforderlich.

Selbst wenn die Länder ihre Entlastungen voll an die Kommunen weitergeben, werde diese Summe jedoch nicht erreicht. Vor allem sei zu befürchten, dass von der Gesamtentlastung aller Länder in Höhe von 2,25 Milliarden Euro die westdeutschen Länder insgesamt 1 Milliarde Euro einbehalten, um die Ende 2003 beschlossenen Sondermittel zur Umsetzung von Hartz IV für die ostdeutschen Länder zu finanzieren. (...)

Städtetag und Gemeindebund verwiesen darauf, dass die Kommunen in eigener Verantwortung in der Vergangenheit immense Anstrengungen unternommen hätten, um die Betreuungsangebote auch für Kinder unter drei Jahren zu erweitern. Sie forderten die Bundesregierung auf, außerhalb von Hartz IV Möglichkeiten der Finanzierung für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung zu sichern. Beispielsweise würden durch die demografische Entwicklung Mittel im Kindergartenbereich frei, die für den Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren gesichert werden sollten. Über entsprechende verlässliche Zielvereinbarungen solle die Bundesregierung mit den Ländern verhandeln.

Berlin, 7. Juli 2004, [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

## Städtische und kirchliche Einrichtungen streiken

BREMEN. Am 6. Juli demonstrierten etwa 3000 ErzieherInnen, Eltern und Kinder auf dem Bremer Marktplatz gegen Kürzungspolitik in den Kindertagesstätten Bremens. Nach der Streichung von 250 Ganztagsplätzen sollen jetzt auch noch 30–40% der Mittel für die integrative Förderung von behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern gestrichen werden, ohne dass die Regelausstattung der Gruppen verbessert wird. Das bedeutet, dass künftig weniger Kinder gefördert und „Förderkinder“ beim Hilfebedarf heruntergestuft werden; geplant ist der Abbau von einem Drittel aller Integrationsplätze in Bremer Kindergärten.

Nach der zentralen Kundgebung ging die Aktion in den Stadtteilen weiter. Auch das Sozialressort bekam Besuch. 60 evangelische und 73 städtische Kindergärten blieben komplett geschlossen. Hier ein Auszug aus der Rede von Christian Gloede-Noweck, Vorsitzender der MitarbeiterInnenvertretung Integrationspool der BEK, auf der Streikkundgebung.

„Es ist geil hier zu stehen und so viele streikende KollegInnen zu sehen! Und doch hätte ich mir gewünscht, wir hätten es nicht tun müssen. Abschlussfeiern, Verabschiedungen von Kindern und KollegInnen, Sommerfeste, Personalplanun-

gen – es gibt viel zu tun so kurz vor den Ferien. Aber offensichtlich – und dies sag ich nicht nur als Personalvertreter der kirchlichen Kitas – wird diese Stadt derzeit vom Teufel geritten! Ob er Scherf, Nußbaum, Röpke, oder Perschau heißt – das könnt ihr entscheiden. Etwas Teuflisches steckt in ihnen allen, sie haben diesen Haushalt zu verantworten, der eine notleidende Stadt wirklich notleidend macht – indem die Kinder auf der Strecke bleiben. Nicht nur behinderte und benachteiligte Kinder – alle! Die Auswirkungen der Kürzungen im Integrationsbereich treffen alle Gruppen: Die geringere Personalausstattung heißt nicht nur weniger Förderung, heißt auch weniger Ansprechmöglichkeiten für alle Kinder, heißt noch mehr Alleinsein für die Kollegin.

Als am vergangenen Montag die Listen über die Einstufungen der Förderkinder per mail beim LV der Evg. Kitas eintraf, schlug die Bombe ein: Von 465 Anträgen, fast genau die gleiche Anzahl wie im Vorjahr, wurden lediglich 278 in eine HBG eingestuft. Wenn man den Förderumfang des lfd. Jahres = 100 setzt, erhalten dieselben Kinder für das kommende Jahr nur noch 60% an Förderstunden, neue Anträge wurden vielfach mit „0“ eingestuft, d.h. Reduzierung des Pflegesatzes um 2,3 Mio Euro, mehr als 40%! In Personalstunden umgerechnet sind das ca. 1400, oder in VZStellen ca. 40 – aber wer hat schon noch eine VZStelle?

Am Donnerstag haben wir eine PV durchgeführt, auf der den Koll. mitgeteilt wurde, dass alle befristeten Verträge aus-



Bild: 3000 ErzieherInnen, Eltern und Kinder demonstrierten am 6. Juli in Bremen

➔ er verlässliche pädagogische Betreuung, mit Hausaufgabenbetreuung, Freizeitangeboten und Ferienprogramm.

### IZBB, Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung, das neue Zauberwort.

Gelder des Bundes stehen zur Verfügung für den Ausbau von Ganztagesesschulen und Maßnahmen, die die Betreuung an den Schulen erweitern, wie Mensen etc. Für Baden-Württemberg stehen für 2003 bis 2007 rund 530 Million Euro zur Verfügung.

In Stuttgart sollen Teile dieser Gelder einfließen in ein Stückwerk: Im Bausteinsystem soll die Betreuung an den Grundschulen ausgebaut werden mit einem schrägen Blick hin zum Abbau des bisherigen Hortkonzeptes.

Die Schulen sind aufgefordert, Konzepte zu erstellen, die Unterricht und Betreuung verknüpfen. Ehrenamtliche Kräfte und freie Träger sind aufgefordert dies zu unterstützen.

In einem Bausteinsystem soll Frühdienst, Frühstück, Mittagessen und Ferienbetreuung angeboten werden, die Eltern können nach Bedarf buchen. Wie die

ganze Sache klappen soll, ist momentan noch nicht zu sehen.

Die Personalsituation soll sich folgendermaßen verändern: Bisher arbeiten im Jugendamt in den Horten je zwei ausgebildete Fachkräfte in einer Gruppe bei 20 Vollzeitkindern und bis zu 5 Teilzeitkindern, die Gruppenleitung in BAT 5c und zu 74% eine ausgebildete Erzieherin in BAT 6b, zusammen also 1,74 Stellen pro Gruppe. Dazu kommen die Leitungsanteile (Bezahlung und Freistellung ist abhängig von deren Kinderzahlen) und eine Hauswirtschaftskraft mit ca. 15 Stunden pro Gruppe.

Bei IZBB soll es ebenfalls pro Gruppe 1,74 Stellen, allerdings beide in BAT 6b und bei 25 Vollzeitskindern geben, der Leitungsanteil fällt weg und die Hauswirtschaft wird lediglich mit 10 Stunden pro Gruppe berechnet.

Die Horte an der Schule, die ebenfalls vom Jugendamt getragen werden haben auch eine bessere Personalausstattung, hier arbeiten zwei Erzieherinnen zu je 100% (BAT 5c und 6b) mit 20 Vollzeitskindern bei einer 50%igen Freistellung bei zwei Gruppen. Hier fällt allerdings der Hauswirtschaftsanteil ganz weg.

### Ausbau der Kindergartenbetreuung contra Hortbetreuung

Die Stadt hofft, dass die Horte nicht mehr benötigt werden und die Plätze und Stellen dann wiederum für Kindergartenkinder bzw. für Kleinkinder umgewandelt werden können.

Keine Frage, unterschiedliche Angebote für die Betreuung der Kinder dürfen und sollen sein, aber die Qualität muss stimmen und die Betreuung muss 100% verlässlich sein. Bis heute ist es in den Grundschulen noch nicht gelungen, die verlässliche Grundschule voll umzusetzen. Es gibt immer noch Schulen, in denen es nur einige Klassen gibt, die die gesicherte vierstündige Betreuung der Kinder bieten. Selbst hier wäre noch einiges zu tun, ebenfalls reicht das Angebot an Ganztagesesschulen bei weitem nicht aus. Ein Stückwerk, wie es jetzt in Stuttgart geplant ist, ist völlig unzureichend. Und ein Ausspielen der Altersstufen gegeneinander nicht mal möglich, falls geplant. Denn die Kindergartenkinder werden bekanntlich alle mal Schulkinder.

unb

laufen und im September Sozialplanverhandlungen geführt werden, da das Volumen der Befristungen nicht ausreicht, um die Streichquote zu erfüllen. 2,3 Mio kann offensichtlich auch der liebe Gott nicht aufbringen – ach, wäre Otto Rehakles doch noch Bremer und wir hätten den Olymp statt eines Spaceparks. Die PV der kirchlichen Kitas hat einstimmig beschlossen: Das lassen wir uns nicht bieten, es muss noch was passieren und zwar vor den Sommerferien – das sind wir auch den Koll. schuldig, die danach nicht mehr bei uns sein sollen! Wir machen die Kitas dicht! Alle KTH-Leitungen haben diesen Beschluss unterstützt. Und die Elternvertretungen. Euch einen ganz herzlichen Dank für diese Unterstützung! Deshalb stehen wir auch heute hier!

Im Zeitalter der Quizshows kann ich euch auch eine Frage nicht ersparen: Halbwahrheit reiht sich an Unrichtigkeit reiht sich an Lüge. Was ist das? Richtig: Die PM einer Sozialsenatorin. Als ich dieses vierseitige Pamphlet gestern Abend las, habe ich kurzfristig überlegt, nur diese PM vorzulesen – aber leider war der Kulturbeitrag für diese Kundgebung schon vergeben. So zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten nur einige Zeilen: „Die frühkindliche Bildung wurde in den Vordergrund gerückt...Für die Zukunft hat es entscheidende Weichenstellungen gegeben.“ Richtig: Aussonderung statt Chancengleichheit! „Wenn angesichts rückläufiger Kinderzahlen die Nachfrage von Eltern zurückgeht und deshalb Plätze in den Kindergärten reduziert werden, kann allerdings auch ein Teil des Personals nicht weiter beschäftigt werden.“ Das ist zynisch! „Kinder, die einen Anspruch auf Förderung haben, werden diese bekommen.“ Ok! Wenn die gerichtlichen Widerspruchsverfahren abgeschlossen sind, hätten die Kinder schon Abitur gemacht haben können! Mit dem Vorwurf, Gefälligkeitsgutachten erstellt zu haben, „werde unterstellt, das GA würde vorsätzlich falsche Gutachten erstellen und damit bewusst die Fachlichkeit und das Gesetz beugen oder sogar brechen. Dies sei zu keiner Zeit geschehen.“ Durch diese Gutachten werden die Entwicklungschancen von Kindern gebeugt und Persönlichkeiten gebrochen! Doch am besten hat mir der letzte Satz gefallen: „Kindertagesbetreuung mit der bestmöglichen frühkindlichen Bildung hat für mich den höchsten Stellenwert. Wir haben dieses Feld zu einem Schwerpunkt unserer Politik gemacht und werden weiter daran arbeiten.“

Ich verspreche der Senatorin: WIR werden weiter daran arbeiten, dass diese Politik sich nicht durchsetzt. Eine Sozialpolitik, die die Schwächsten ausgrenzt, ist eine unsoziale Politik. Wir wollen Prävention statt Intervention. Chancengleichheit für alle statt Ausgrenzung. Die Kolleginnen in den Kitas wollen ihre Schuldigkeit tun – der Senat kann gehen! Ich übergebe an die Erzengel ...

[www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)

**Gegen Einführung einer Wassersteuer.** MÜNCHEN. Der Bayerische Gemeindetag lehnt eine Wassersteuer ab. „Die Erhebung einer Steuer für die Entnahme des Allgemeinguts Wasser für private Zwecke würde das Wasser zu einem Wirtschaftsgut machen. Wasser muss aber prinzipiell allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Wir wollen nicht, dass sich Unternehmen aufgrund ihrer Wirtschaftskraft entsprechende ‚Wasserrechte‘ sichern“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. „Neue Abgaben sind den Bürgern nicht mehr zumutbar.“ Brandl wies auch darauf hin, dass die Gemeinden und Wasserversorgungszweckverbände als Träger der öffentlichen Wasserversorgung nicht vom Aufkommen aus einer Wassersteuer profitieren würden. Es sei auch irreführend, in diesem Zusammenhang von einem ‚Wasserentnahmeentgelt‘ zu sprechen.

Derzeit wird wieder aktuell über die Einführung eines ‚Wasserentnahmeentgelts‘ gesprochen. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hatte vor einigen Jahren die Einführung eines ‚Wasserentnahmeentgelts‘ empfohlen. Das Thema wird selbst auf der Ebene der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser diskutiert. [www.bay-gemeindetag.de](http://www.bay-gemeindetag.de)

**Kritik an Erhöhung des Wasserpreises.** HAMBURG. Das Aktionsbündnis Unser-Wasser-Hamburg (UWH) sieht in der vom Senat angekündigten Erhöhung des Wasserpreises eine Instrumentalisierung der Hamburger Wasserwerke (HWW) für die Erhebung einer verdeckten Verbrauchssteuer. Wie die Veröffentlichung der Bilanz der HWW zeige, arbeite die Hamburger Wasserversorgung schon bisher mehr als kostendeckend: Die HWW sind als Unternehmen kerngesund und tragen mit Gewinn und Konzessionsabgabe im Jahr 2003 fabelhafte 64 Millionen Euro zum Landeshaushalt bei. Die aktuelle Preisanhebung ist nach Ansicht von UWH deshalb nicht gerechtfertigt, wie Jürgen Arnecke, Sprecher des Aktionsbündnisses, ausführt: „Mit der Aufgabe der HWW, die Versorgung der Bevölkerung mit gutem Trinkwasser zu gewährleisten, hat das ganz offensichtlich nichts zu tun. Vielmehr erhebt der Senat künftig eine neue Steuer auf ein Grundbedürfnis. Gutes Wasser hat seinen Preis, aber hier wird die Wasserversorgung als Mittel für andere Zwecke missbraucht. Wasserversorgung ist ein Grundbedürfnis, nicht ein Weg zur Steuererhebung.“

Das Aktionsbündnis Unser-Wasser-Hamburg tritt für den vollständigen Verbleib der HWW im Besitz der Stadt Hamburg ein. Nachdem seine Volksinitiative im letzten Sommer erfolgreich war, Bürgerschaft und Senat aber nicht

darauf reagiert haben, führt es nun vom 23.8.–6.9.2004 das Volksbegehren durch. [www.unser-wasser-hamburg.de](http://www.unser-wasser-hamburg.de)

**Preisdumping oder mehr Freiheiten?** NÜRNBERG. Die Stadtmission Nürnberg hat mit dem Bezirk Mittelfranken einen Vertrag geschlossen, der die bisherigen Vereinbarungen über soziale Leistungen auf völlig neue Füße stellt. In dem auf drei Jahre befristeten Modellvorhaben verpflichtet sich der evangelische Wohlfahrtsverband, bei gleichem Geld seine Arbeit mit psychisch Kranken im Betreuten Wohnen auszubauen. Für den Verzicht auf Entgelterhöhungen räumt der Bezirk der Stadtmission viele Freiheiten bei der inneren Organisation der Arbeit ein. Bezirksstagspräsident Richard Bartsch sprach bei der Vertragsunterzeichnung in Nürnberg von einem bundesweit einmaligen Vorhaben. Die Vereinbarung könne Sozialgeschichte schreiben, sagte er. Sie werde von den Wohlfahrtsverbänden aufmerksam verfolgt. Fachleute, wie der Nürnberger Sozialamtschef Detlev Janetzek, sehen in dem Modellprojekt die Chance, im Streit um die knappen öffentlichen Kassen aus der Frontstellung zwischen Sozialpolitik und Finanzpolitik herauszukommen. Kritiker befürchten, dass damit dem Preisdumping im Sozialbereich eine Tür geöffnet wird.

[www.epd.de/bayern/bayern\\_index\\_29144.html](http://www.epd.de/bayern/bayern_index_29144.html)

**Förderung der Eine-Welt-Arbeit.** DÜSSELDORF. Engagierte Menschen in der lokalen Eine-Welt-Arbeit in Nordrhein-Westfalen können sich freuen: Das Umweltministerium hat per Rundrlass vom 18. Juni die Mittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit frei gegeben. Bis zum 31. Juli 2004 können sich Kommunen nun um Förderung bei der Bezirksregierung Köln bewerben. Insgesamt stehen 1,8 Mio. Euro zur Verfügung, mit denen unter anderem Eine-Welt-Aktivitäten in lokalen Agenda-Prozessen, Aktivitäten des Fairen Handels und Nord-Süd-Partnerschaften unterstützt werden sollen. Besonders große Chancen auf finanzielle Unterstützung haben diese Aktivitäten:

- \* Eine Welt-Aktivitäten in lokalen Agenda-Prozessen
- \* Zivilgesellschaftliches, bürgerschaftliches Engagement in der lokalen Eine-Welt-Arbeit
- \* Informationszentren, Welt-Läden, Eine-Welt-Zentren
- \* Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- \* Nord-Süd-Kulturarbeit
- \* Aktivitäten des Fairen Handels
- \* Lokale Nord-Süd-Partnerschaften, dazu gehören auch Jugendaustausch und Schulpartnerschaften.

[www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)  
Zusammenstellung: baf

## Proteste gegen Sparpläne des Vorstandes

Die Proteste gegen die Pläne des Daimler-Vorstands gehen weiter. Am 10.7. ist die komplette Flexi-Schicht im Daimler-Chrysler Werk Sindelfingen ausgefallen. Über 12.000 Kolleginnen und Kollegen blieben ihrem Arbeitsplatz fern. Dadurch konnten etwa 1000 Fahrzeuge nicht vom Band laufen.

In einer ersten Protestwelle haben sich bereits am Freitag, 9. 7. über 9.000 Beschäftigte im Werk Untertürkheim und über 11.000 im Werk Sindelfingen von den Betriebsräten über die aktuelle Lage informieren lassen. Ähnliche Informationsveranstaltungen hat der Sindelfinger Betriebsrat auch für die Nachtschicht mit etwa 2.000 Beschäftigten durchgeführt. Die Arbeitnehmervertreter bei Daimler-Chrysler kritisieren massiv die Sparpläne des Konzerns. Der Daimler-Vorstand ist bisher nicht zu Kompromissen bereit und gefährdet dadurch den sozialen Frieden im Unternehmen. Jetzt drohen weitere Proteste der Beschäftigten. Für Donnerstag, 15. 7., ist ein bundesweiter Protesttag geplant.

Die Unternehmensleitung der Daimler-Chrysler AG hat die Arbeitnehmervertreter im Juni mit der Forderung nach einschneidenden Kostensenkungsprogrammen konfrontiert. Der Unternehmensvorstand sieht darin die Voraussetzung für Neuinvestitionen in den bestehenden Werken. Ohne diese Investitionen sind ab 2007 ca. 10 000 Beschäftigte zu viel an Bord und müssten in entsprechender Zahl abgebaut werden.

Insgesamt will das Daimler-Management Lohnkosten in Höhe von weit über einer halben Milliarde Euro einsparen und gleichzeitig massiv in Regelungen des Flächentarifvertrages eingreifen. Schichtzuschläge sollen gestrichen, Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt und Erholzeiten nicht mehr bezahlt werden. Außerdem sollen mit Umsetzung des Entgelttarifvertrages (Era) weitere Kosten zu Lasten der Beschäftigten eingespart werden. So würde nach den Daimler-Plänen ein Montagearbeiter, der gegenwärtig 2669 Euro pro Monat verdient, künftig nur noch 1909 Euro bekommen. Ein sattes Minus von 760 Euro für den Geldbeutel.

Einem Angebot des Gesamtbetriebsrates mit einem Einsparvolumen von insgesamt 180 Millionen Euro hat der Vorstand die kalte Schulter gezeigt. Die Betriebsräte hatten angeboten, dauerhaft 2,79 Prozent der gesamten Lohn-Gehaltssumme zu sparen, indem Teile der künftigen Tarifierhöhungen (ab 2006) angerechnet würden. – Trotz der Vorschläge der Arbeitnehmer hält der Vorstand unbeirrt an seinen Erpressungsversuch fest und provoziert dadurch einen Großkonflikt mit den Beschäftigten.

## Abweichung vom Tarif nur mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien

In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli wurde in der dritten Verhandlungsrunde von ver.di und den drei Arbeitgeberverbänden im Bankgewerbe ein neuer Gehaltstarifvertrag im Bankgewerbe abgeschlossen: Nach drei Nullmonaten werden die Gehälter ab September 2004 um 2%, ab September 2005 um 1,6% erhöht, Laufzeit bis 31. Mai 2006.

Die ursprüngliche Forderung von 4% Gehaltserhöhung bei 12 Monaten Laufzeit schloss von vorneherein die Finanzierung von „beschäftigungssichernden Maßnahmen“ ein. So wurden die Tarifverträge zu Altersteilzeit und Vorruhestand und die Öffnungsklausel für betriebliche Arbeitszeitverkürzung verlängert. Die Ar-



### Ablaufbeschreibung Genossenschaftsbanken

Bei Banken, denen Mittel aus dem Garantiefonds oder Leistungen des Garantieverbundes bewilligt wurden, ergibt sich das Vorliegen eines Härtefalls sowie die Planung zur Wiederherstellung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse aus der Gewährung des Institutsschutzes und den in diesem Zusammenhang geltenden Regularien. Ferner wird anerkannt, dass die Gewährleistung des Institutsschutzes eine Maßnahme zur Arbeitsplatzsicherung darstellt.

Beabsichtigen die Betriebsparteien die Inanspruchnahme der Härtefallklausel im Garantiefall, so gehen die Tarifvertragsparteien in diesem Fall davon aus, dass in Ansehung dieser Besonderheiten nach einer Prüfung die nach der Öffnungsklausel erforderliche Vereinbarung im Regelfall zustande kommt, soweit diese nicht über die Absenkung der tariflichen Sonderzahlung und/oder die Aussetzung linearer Gehaltsanhebungen für einen Zeitraum von maximal drei Jahren hinausgeht und ein individuelles Tarifvolumen von 8% nicht überschreitet.

beitgeberverbände gaben eine Erklärung ab, die Zahl der Ausbildungsplätze in 2004 und 2005 gegenüber 2003 um 3% zu steigern und zur jährlichen Überprüfung eine Erhebung durchzuführen.

Weitere Themen im 18-stündigen Verhandlungsmarathon waren u.a. die Möglichkeit von Samstagsöffnung und Langzeitkonten und die Ausweitung der bereits in 2002 eingeführten Variabilisierung der Tarifgehälter nach „Leistung“ oder „Erfolg“.

Die seit dem Platzen der Börsenblase im Frühjahr 2000 anhaltende Krise im Finanzsektor lastet auf den Beschäftigten. Ihre Zahl ist vom historischen Höchststand im Jahr 2000 bis zum Ende des Jahres 2003 erheblich zurückgegangen – im Privaten Bankgewerbe von 240.200 auf 208.300, bei den genossenschaftlich organisierten Volks- und Raiffeisenbanken von 180.400 auf 174.700, bei den Öffentlichen Banken von 57.950 auf 57.100 und bei den Sparkassen, für die in der Regel der BAT-Tarifvertrag gilt, von 240.200 auf 208.300.<sup>1</sup>

Der Beschäftigungsrückgang spielt sich ab in Form von „freiwilligem“ Ausscheiden angesichts von Kündigungsdrohungen. Z.B. erklärt sich die Fluktuationsrate im Privaten Bankgewerbe von 11,74% bei den Tarifangestellten im Jahr 2002 nur zu 0,88% durch Arbeitgeber-Kündigungen, aber zu 4,42% durch Aufhebungsverträge, zu 1,37% durch Frühverrentung oder Vorruhestand und zu 4,65% durch Eigenkündigungen.<sup>2</sup>

In dieser Lage und angesichts eines weiterhin niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades hätte man eher eine nominale Nullrunde erwarten können. Die Arbeitgeber hatten sich darüber hinaus die vollständige Tariföffnung für verschlechternde betriebliche Regelungen auf die Fahne geschrieben.

Die Bankvorstände vermelden in einer Presseerklärung denn auch einen Erfolg: „Dabei setzten sich die Arbeitgeber mit ihrer wichtigsten Forderung nach einer Öffnungsklausel durch. Danach kann in besonders schwieriger wirtschaftlicher Situation eines Unternehmens unter bestimmten Voraussetzungen befristet von tariflichen Regelungen abgewichen werden (...) ein echter Fortschritt für die betriebliche Praxis (...) hat sich schließlich die Vernunft durchgesetzt.“<sup>3</sup>

Ob die vereinbarte „Härtefallklausel“ (siehe Kasten) in der betrieblichen Praxis in Anspruch genommen wird, ist eher zu bezweifeln. Es dürfte dem Image der Banken bei ihrer Kundschaft nicht gerade förderlich sein, wenn sie öffentlich als „Härtefall“ bekannt werden – z.B. hatte bereits die jüngst bekannt gewordene Absetzung von Vorstandsmitgliedern der Frankfurter Sparkasse durch das



Dieter Rampl von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank als neuer Verhandlungsführer der Bankarbeitgeber in Tuchfühlung mit demonstrierenden Bankangestellten – links ein Karton mit 15.000 Unterschriften für eine reale Gehaltserhöhung.

Bundesaufsichtsamt für Finanzen, BA-FIN, einen weiteren Geschäftseinbruch zur Folge. Die speziell für Genossenschaftsbanken vereinbarte „Ablaufbeschreibung“ (siehe Kasten), die eine weitergehende Öffnung bei Inanspruchnahme des genossenschaftlichen Garantiefonds vorsieht, deutet ebenfalls auf Sanierungsfälle hin. Da die Unterschriften beider Tarifvertragsparteien für eine Abweichung vom Tarif wie in §4(4) Tarifvertragsgesetz weiterhin erforderlich sind, steht zu hoffen, dass die Inanspruchnahme der Härtefallklausel eine Ausnahme bleibt.

Die Bankangestellten haben seit Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts trotz niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad mehrfach lang anhaltende Tarifauseinandersetzungen geführt, bei denen es immer wieder gelang,

für einzelne Aktionen bis hin zu ganztägigen Streiks nicht organisierte Beschäftigte in großer Zahl einzubeziehen. Die Tarifrunde 2002, wo die Arbeitgeber zuletzt die Variabilisierung der Tarifgehälter erreichten, dauerte im privaten Bankgewerbe ein dreiviertel Jahr, bei den Genossenschaftsbanken fast eineinhalb Jahre. Dieses Mal demonstrierten ca. 150 Bankangestellte vor und in dem Verhandlungshotel in Frankfurt und übergaben ca. 15.000 Protestunterschriften. Die Arbeitgebervertreter schienen beeindruckt.

gst

- 1 [www.agvbanken.de/Statistik\\_2002/fr\\_statistik.htm](http://www.agvbanken.de/Statistik_2002/fr_statistik.htm) (Beschäftigte im Kreditgewerbe)
- 2 [www.agvbanken.de/Statistik\\_2002/fr\\_statistik.htm](http://www.agvbanken.de/Statistik_2002/fr_statistik.htm) (Fluktuation)
- 3 [www.agvbanken.de/Presse/fr\\_presse.htm](http://www.agvbanken.de/Presse/fr_presse.htm) (Bankentarifverhandlungen 2004 beendet)

#### Härtefallklausel Banktarif

Im Falle einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation, die als Härtefall auch den Beschäftigungsstand eines Unternehmens erheblich bedroht, können die Betriebsparteien gegenüber den Tarifvertragsparteien ihre Absicht erklären, befristet von tariflichen Regelungen abweichen zu wollen.

Die beabsichtigte Abweichung kann sich insbesondere auf eine niedrigere Sonderzahlung (§ 10 MTV) und/oder einen reduzierten Urlaubsanspruch (§ 15 MTV) sowie in Ausnahmefällen auf die Aussetzung von Tarifierhöhungen beziehen.

Die Abweichung darf 8% des individuellen Tarifvolumens nicht über-

schreiten. Der Abbau von übertariflichen Leistungen hat Vorrang vor Abweichungen von Tarifregelungen.

Voraussetzung ist, dass die Betriebsparteien ebenso wie die Tarifvertragsparteien – auf der Grundlage geeigneter Informationen – die besonders schwierige wirtschaftliche Situation als Härtefall anerkennen und diese Parteien eine befristete schriftliche Regelung zur Abweichung von Tarifvertragsregelungen bei gleichzeitiger Vereinbarung von Maßnahmen mit dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze und Vorlage von Planungen zur Wiederherstellung stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse vereinbaren.

#### Industrie fordert Rüstungskoodinator. HB, Do., 8.7.04.

– Das einheitliche Auftreten von Regierung, Wirtschaft und Militärs mahnt der Bundesverband der Deutschen Industrie an und fordert die Einrichtung eines Rüstungskoodinators in der Bundesregierung – vergleichbar mit dem für die Luft- und Raumfahrt oder für die maritime Wirtschaft. Industrievertreter räumten ein, dass die Unterstützung durch die Bundeswehr etwa bei Wehrtechnik-Messen besser geworden ist. Aber dies reiche nicht, um international mithalten zu könne, seien eine politische Flankierung im Exportgeschäft, die Stärkung der militärischen Forschung und die Betonung der industriepolitischen Bedeutung der Rüstungsbranche nötig.

Wirtschafts-  
presse

#### Streit um die Zuständigkeit für die Berufsausbildung.

– Die Ministerpräsidenten der Länder wollen in der Föderalismuskommission die alleinige Zuständigkeit für die außerschulische Berufsbildung erobern – zum Entsetzen der Wirtschaft. Die Berufsbildung ist bisher Sache des Bundes, der einheitliche Standards für Berufsausbildung und Abschlüsse festlegt, bis hin zu Fort- und Weiterbildungsregeln. Zur Freude der Wirtschaft hatte die Bundesregierung zuletzt die Modernisierung vieler Berufe vorangetrieben. In einem Brief an die Vorsitzenden der Föderalismuskommission warnten die Präsidenten der Wirtschaftsverbände DIHK und ZDH, L.G. Braun und D. Philipp davor, dass eine Länderzuständigkeit die „Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Ausbildung“ bedrohe und die berufliche Mobilität einschränke. Das duale System werde seine Akzeptanz auf europäischer Ebene verlieren.

#### Einigung im Emissionzertifikate-Streit erzielt.

– Die deutsche Energiebranche zeigte sich mit der Genehmigung des Allokationsplans zufrieden. Jetzt habe man Planungssicherheit, hieß es. Die EU-Kommission hatte unter Auflagen den so genannten Allokationsplan der Bundesregierung gebilligt, der zum fristgerechten Beginn des Handels mit Schadstoffen wie Kohlendioxid Anfang 2005 in der EU beitragen soll. Der jetzt genehmigte Allokationsplan der Bundesregierung ermöglicht es den Unternehmen, die eine alte Anlage vom Netz nehmen, deren Emissionsrechte auf neue Anlagen zu übertragen. „Durch den Emissionshandel wird die deutsche Industrie bis 2010 rund 500 Mill. Euro Kosten einsparen“, so Umweltminister Trittin. Trittin drängt darauf, die Zuteilung von Emissionsrechten nachträglich korrigieren zu können. „Wer künftig ein Zementwerk schließt und die Arbeitnehmer entlässt, kriegt dafür auch noch eine Gutschrift, die er an der Emissionsbörse versilbern kann.“

Presseauswertung: rst

## Über die erste Tagung der Europäischen Linken in

London berichtet das *Neue Deutschland*: „Die Hauptaufgabe unseres Treffens“, so erklärte Fausto Bertinotti auf der Pressekonferenz im Berliner Abgeordnetenhaus, „bestand darin, der Europäischen Linkspartei nach ihrer Gründung in Rom Leben einzuhauchen und das Projekt weiterzuentwickeln.“ ... Die jüngsten Ereignisse auf europäischer Ebene zeigten nach Bertinottis Einschätzung, dass die Diskrepanz zwischen den Völkern und der Politikerklasse noch größer geworden ist, als sie ohnehin vorher schon war. Als besonders drastisches Beispiel nannte er die Nominierung des konservativen Portugiesen José Manuel Barroso als Kandidaten für den wichtigen Posten des EU-Kommissionspräsidenten. Auf die ND-Frage, wie die Fraktion der Vereinigten Linken des Europaparlaments bei der bevorstehenden Wahl des Kommissionspräsidenten stimmen werde, ließ er keinen Zweifel an einem klaren Nein ... Bertinotti wandte sich auch heftig gegen die schnelle Verabschiedung der EU-Verfassung und den Inhalt des EU-Grundgesetzes selbst. Während in Italien, Frankreich und vielen anderen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg demokratische Verfassungen mit dem Ziel einer gerechten Gesellschaft verabschiedet wurden und solche Verfassungen auch nach der Beendigung der Diktaturen in Spanien oder Portugal angenommen wurden, werde in dem EU-Papier der kapitalistische Markt institutionalisiert. Deshalb werde die europäische Linke für eine neue Verfassung, einen neuen Gesellschaftsvertrag streiten. In dessen erstem Paragraphen sollten die Ablehnung des Krieges und die sozialen Rechte aller auf dem Kontinent lebenden Bürger, ob sie dort geboren wurden oder eingewandert seien, verankert werden.

Um diese Position zu unterstreichen, will die EL im Vorfeld der offiziellen Unterzeichnung der Verfassung durch die Staats- und Regierungschefs auf einem Treffen alternativer Kräfte in Rom ihren Protest kundtun und ihre Vorstellungen unterbreiten. Lothar Bisky war mit Bertinotti einer Meinung, dass die EL-Mitgliedsparteien in allen Ländern, in denen Referenden über die EU-Verfassung stattfinden sollen, für ein Nein werben. Die PDS, so erläuterte Bisky, verlange nach wie vor auch ein solches Referendum in der Bundesrepublik. Die dafür notwendige Änderung des Grundgesetzes sei durchaus möglich, wenn Rot-Grün entsprechend agieren würde, die FDP bei ihrer Pro-Referendumshaltung bleibe und einige sympathisierende CDU-Abgeordnete sich anschließen. „Es geht, wenn man es denn politisch will“, konstatierte der PDS-Vorsitzende.“ *Zusammenstellung: jöd*

*Die Ausgründung von Teilen der SPD in Richtung neuer Linkspartei wird unvermeidlich begleitet von zahllosen Papieren. Eines der kürzeren sind die unten dokumentierten „Eckpunkte“, die wir vollständig dokumentieren. Die tragende Idee der Neuen ist alt. Der Staat soll durch Belastung der Vermögen und Gewinne Mittel konzentrieren, die über die Sozialhaushalte verteilt zu Belebung des Konsums, Linderung von Armut und Wirtschaftswachstum führen. Die Grundstruktur der Gesellschaft, die durch Dominanz des Kapitalverhältnisses geprägt ist, wird nicht berührt. Auch kann die Funktion der Umverteilung nur ein zentralisierter und scharf nach außen abgegrenzter Staat verrichten. Ungeklärt bleibt, wieso die SPD von dieser tiefursprünglich sozialdemokratischen Strategie abkam. Unbestreitbar deshalb, weil sie aufgehört hat, mehrheitsfähig zu sein, was für eine Politik, die nur durch den Zentralstaat verwirklicht werden kann, ein letaler Mangel ist. Selbst wenn die Neuen großartige Wahlergebnisse erzielen, sie könnten ihren Ansatz mangels Partnern nicht realisieren. So dürfte die neue Partei ihrem Wählerpotential unrealistisch vorkommen. Wenn nicht glaubhaft gemacht werden kann, dass und wie eine Mehrheit für eine Politik der Umverteilung durch den Staat zustande kommen kann, ist das alles nicht von dieser Welt. Der Tunnelblick auf den Zentralstaat bringt zwei Probleme mit sich: Diese Strategie kann die Funktion gewerkschaftlicher Kämpfe nicht genauer bestimmen und hilft der Gewerkschaftsbewegung nicht bei der fälligen Funktionsbestimmung im geänderten Umfeld. Sie kann zweitens auch die Chancen nicht sehen, die in einer Verlagerung der politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen „im Staat“ hin zu den Kommunen liegen. Teile der Neuen stehen solchen Anliegen freundlich gegenüber, aber zu deren Verständnis tragen sie nicht bei. So ist es nur konsequent, dass die Bewegung sich auf die Bundestagswahlen ausrichtet. Dennoch weist das breite Interesse, das wenn schon nicht in Wähler-, so doch in Gründerkreisen der Linken vorhanden ist, darauf hin, dass der Linken bis heute keine ausgebaute gesamtwirtschaftliche Theorie zur Verfügung steht, die staatswirtschaftliche Ansätze wenigstens ergänzen, wenn nicht gar ablösen könnte.* maf

## Dokumentiert

# Eckpunkteprogramm der „Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“ (WASG)

## Für eine gute, eine solidarische Gesellschaft!

Die Qualität einer demokratischen Gesellschaft lässt sich daran ablesen, wie sie mit ihren Kindern, ihren alten und wirtschaftlich schwachen Mitgliedern umgeht. Die bestehenden Parteien haben den Bezug zu den fundamentalen Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung verloren. Sie beherrschen die wesentlichen Zukunftsthemen intellektuell nicht und haben keine zukunftsweisenden Antworten auf die Veränderungen der Arbeitswelt und der individualisierten Lebenswelt.

Die WASG will für zukunftsorientierte Lebens- und Arbeitsverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung eintreten und muss als soziale Alternative Partei sein, im Sinne gesellschaftlicher Parteilichkeit für die abhängig Beschäftigten, die Schwachen, die Armen und die Ausgegrenzten.

## Dialogfähige Bündnisse

Eine Vielzahl von Themen sind im Rahmen von Formierungs- und Lernprozessen zu bearbeiten. Das braucht Zeit, Konsensorientierung, Rücksichtnahme und wechselseitige Akzeptanz derer, die ein gemeinsames Ziel verbindet. Gefundene, breit tragfähige und ausstrahlungsfähige Positionen bedingen dann aber auch den Konsens durch Mehrheitsentscheidung. Dies insbesondere dann, wenn WASG parlamentarisch wirksam werden sollte und dann zwangsläufig im engeren Rahmen als Initiativen/Bewegungen

agieren muss. Gesellschaftliche Ziele sind nur auf Basis klarer Positionierung im Sinne von Realitätsinterpretation in konkretes Handeln umsetzbar. Eine tragfähige Konzeption mittlerer Reichweite hilft bei der Übersetzung der Visionen

## Politische Initiative für alternative Konzepte

Die WASG sieht sich in diesem Prozess als eigenständige politische Kraft, die alternative Lösungsstrategien • selbst erarbeitet • Sachverstand und Expertise nahestehender Gruppen und Organisationen nutzt, respektive mitgestaltet • bereits erarbeitete und akzeptable Alternativen übernimmt

Dies verbunden mit der Strategie als verlängerter politischer Arm • ihrer Mitglieder, Interessenten und Sympathisanten • von Gewerkschaften, Sozialverbänden, globalisierungskritischen Initiativen, kirchlicher Gruppen, Umweltorganisationen und anderen sozialen Bewegungen im parlamentarischen Raum wirksam zu werden.

## Für einen Politikwechsel

Uns geht es darum, den gesellschaftlichen Widerstand und politischen Protest in den nächsten Monaten auf folgende Punkte zu bündeln und für einen Politikwechsel zu werben:

• *Weg mit Hartz IV!* Keine Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose, keine Verschlechterungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Keine Förderung des Aus-

## „SPD erreicht Rekordtief in Wählerumfrage“

(Berliner Zeitung, 10./11. 6.2004)

Die SPD stürzt in der Wählergunst von einem Rekordtief ins nächste: Wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären, würden die Sozialdemokraten laut ZDF-Politbarometer nur auf 25 % kommen. Wie das ZDF am Freitag mitteilte, ist das der niedrigste SPD-Wert, seit es diese Erhebung gibt. Beunruhigend dürfte für die SPD auch sein, dass sich 16 Prozent der Bürger vorstellen können, eine neue Linkspartei zu wählen.

## „Der SPD fehlt es an Dynamik und Vitalität“

(Franz Walter ist Parteienforscher.

Sein jüngstes Buch „Abschied von der Toskana“ befasst sich mit dem Wandel der SPD. Berliner Zeitung, 5. Juli 2004)

*Herr Professor Walter, die Pläne für eine neue Partei links von der SPD werden immer konkreter. Welche Chancen hätte eine solche Partei?* – Sie hat eine realistische Chance, weil es in der Gesellschaft offenbar Konflikte gibt, die nicht besetzt sind. Der Zusammensturz der SPD zeigt das deutlich. Eine solche Linkspartei bräuchte allerdings eine schlagkräftige Organisation und gute Anführer.

*Wie viele Wähler könnte diese Partei erreichen?* – Das Potenzial dürfte im Westen größer sein als im Osten, wo es mit der PDS schon eine etablierte linke Kraft gibt. Insgesamt dürften zwischen fünf und zehn Prozent der Wähler prinzipiell erreichbar sein. Das sind Menschen, die wohlfahrtsstaatlich orientiert und von der SPD enttäuscht sind. Es ist jedoch nicht einfach, diese Menschen zu aktivieren.

*Wie gefährlich wäre eine solche Partei für die Sozialdemokraten?* – Für die SPD muss das kein Drama sein. Viele ihrer traditionellen Wähler scheint die SPD ohnehin verloren zu haben. Eine neue Partei könnte den Zugang der CDU zu diesen Wählern versperren – und womöglich mit der SPD koalieren.

*Was lehrt der Blick auf frühere SPD-Abspaltungen?* – Es gab erfolgreiche Abspaltungen in der Krisenzeit der Weimarer Republik, es gab erfolglose in den Wohlstandsjahren der 60er und 70er Jahre. Inzwischen liegt Deutschland irgendwo dazwischen ...

*Die SPD schließt Abweichler aus der Partei aus. Ist das ein Fehler?* – Man kann Leute, die eine eigene Partei gründen wollen, nicht halten. Der Fehler ist, dass die SPD mit der Arbeiterklasse ihr traditionelles Klientel freigegeben hat. Alarmierend ist dabei, dass sie dies nicht einmal bemerkt.

*Wie konnte die SPD das übersehen?* – Der SPD fehlen die Seismographen. Es gibt in der Bundestagsfraktion keinen prominenten Gewerkschafter mehr. Die meisten Mandatsträger sind akademische Dienstleister. Sie sind der betriebliche Realität entrückt, der die SPD 120 Jahre lang nahe war. Die SPD ist nicht

mehr die Partei der Arbeiterklasse. Das ist eine Revolution der deutschen Wahlgeschichte, die die SPD nicht ernst genug nahm.

*Der Konflikt mit den Gewerkschaften wird also zum Dauerstreit?* – Der Grundkonflikt lässt sich nicht auflösen. Die Realität der Gewerkschaften ist nicht mehr die Realität der SPD-Ortsvereine. Die Sozialdemokraten können sich nicht wieder die Ballonmützen aufsetzen, auf Apfelsinenkisten stellen und revolutionäre Reden halten. Das würde ihnen keiner mehr abnehmen. Der jetzt eskalierte Streit ist aber für beide ruinös ...

*Sie haben geschrieben, es sei nicht sicher, ob die Sozialdemokratie dieses Jahrhundert überleben wird. Sehen wir den Anfang vom Ende?* – Die SPD ist zu einer Partei der arrivierten mittleren Schichten geworden. Ihr fehlt es an Dynamik und Vitalität, an einer Idee von einer anderen Zukunft. Viel Charme versprüht eine solche Partei selbstgenügsamer Pausbackigkeit jedenfalls nicht. Kann also schon sein, dass ihre beste Zeit vorüber ist.

## SPD und Gewerkschaften. Verräter und Blockierer

(Handelsblatt, 5.7.2004)

In diesen Tagen ist unter Sozialdemokraten auffallend häufig die Rede von Arthur Scargill, dem legendären Arbeiterführer, der vom Star der Labour Party zum Sekterier wurde und damit den Niedergang der britischen Gewerkschaften initiierte. Während für Tony Blair die Abgrenzung zwischen Partei und Gewerkschaften längst kein Thema ist, brennt es den deutschen Sozialdemokraten schmerzhaft unter den Nägeln. Die durch die Reformpolitik ausgelöste Konfrontation mit den Gewerkschaften, der Streit zwischen „Verrätern“ und „Blockierern“ droht die ohnehin geschwächte Regierungspartei gar in den Abgrund zu reißen.

Theoretisch und langfristig wäre eine solche Trennung sicher denkbar und für die SPD – siehe Großbritannien – sogar von Vorteil. Doch kurzfristig birgt die Option des Versuchs, mit Macht einen Keil zwischen Strukturkonservative und Modernisierer in den Gewerkschaften zu treiben, ein hohes Risiko für die Sozialdemokratie.

Parteichef Müntefering müht sich denn auch mit vollem Einsatz, den Riss zu kitzen – bislang ohne Erfolg ...

Nun hat Peters offen damit gedroht, die Gewerkschaft wolle sich „neue Partner“ suchen. Und dies just zu dem Zeitpunkt, zu dem sich Funktionäre der IG Metall an die Gründung einer neuen Linkspartei machen. Das ist ein klarer Affront, wenn nicht sogar eine Kriegserklärung. Doch zugleich eröffnet sie der SPD die Möglichkeit zur offenen Aussprache ...

Auszuschließen ist ein Zusammenrücken gleichwohl nicht. Das zeigen nicht nur die gemäßigten Gewerkschaften, das zeigt sogar der Blick auf die Forderungsliste der Linkspartei in spe. Bürgerversicherung, Erbschaftsteuer, Mindestlohn und

Bildung bieten ein Themenreservoir, aus dem sich beide Seiten gemeinsam bedienen können ...

Die Alternative ist ein verschärftes Gegeneinander bis zum Bruch. Dann bekäme eine neue Linkspartei eine echte Chance, zum letzten Sargnagel der SPD werden zu können. Die Versuchung vor allem der IG Metall, hier aus Selbsterhaltungstrieb tatsächlich Geburtshilfe zu leisten, und sei es auch nur in Form einer offenen Tolerierung, kann in der SPD nicht ernst genug genommen werden. Am Ende stünde zunächst der Niedergang beider Traditionsvereine. Wer sich schneller erholt, die SPD oder die Gewerkschaften, wäre dann eine Frage der Zeitgeschichte.

## Umfrage: Reformpolitik und Gewerkschaften

(Handelsblatt, 1.7.2004)

Der DGB hat eine Umfrage unter Arbeitnehmern in Auftrag gegeben. Die wichtigsten Ergebnisse des Forschungsinstituts „polis“:

- *Wirtschaftliche Lage:* Nur 12% der Befragten sehen die allgemeine Wirtschaftslage positiv, 11% rechnen mit sinkender Arbeitslosigkeit. Dagegen machen sich 43% Sorgen um ihren Arbeitsplatz, nach 36% im Vorjahr. „Große Sorgen um ihre finanzielle Zukunft“ machen sich 16%, im Osten rechnen 35% damit, dass es ihnen „viel schlechter gehen wird.“

- *Gewerkschaften:* 70% der Arbeitnehmer halten Gewerkschaften für „unverzichtbar“, vor zwei Jahren waren es 80%. Allerdings sehen nur 45% die Gewerkschaften als „modern und zukunftsfähig“. Jedes zehnte Gewerkschaftsmitglied äußerte die Bereitschaft zum Austritt aus der Arbeitnehmerorganisation. Vergangenes Jahr, als bei der IG Metall der Machtkampf um die Führungsspitze tobte, war es jeder Vierte.

## Linkspartei Premiere in Schleswig-Holstein?

(Neues Deutschland, 6.7.2004)

Zwar ist noch nichts entschieden, doch nach Lage der Dinge dürften es die Wähler in Schleswig-Holstein sein, die zum ersten Mal ein Kreuz bei der neuen Wahlalternative ASG machen können. Der neugegründete Verein wollte es nicht ausschließen, bei den Landtagswahlen im kommenden Februar anzutreten. Möglicherweise erfolgt die Premiere aber auch erst drei Monate später bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen.

So oder so: Eine Linkspartei-Kandidatur in einem der beiden Länder würde in jedem Fall die wenigen überhaupt noch verbliebenen Wiederwahl-Hoffnungen der SPD-geführten Landesregierungen trüben. In Nordrhein-Westfalen lag die regierende rot-grüne Koalition bei der letzten Umfrage zur Landtagswahl mit 43 Prozent gut zehn Zähler hinter CDU und FDP. Ähnlich sieht es in Schleswig-Holstein aus, wo SPD und Grüne 14 Prozent hinter CDU und FDP (54 Prozent) liegen. ...

baus von Niedriglohnsektoren (Mini-Jobs, ungeschützte Leiharbeit, prekäre Selbstständigkeit). Arbeitslohn und Sozialeinkommen müssen eine eigenständige Lebensführung ermöglichen. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn (1.400 EUR brutto).

- **Keine Verlängerung der Arbeitszeit!** Arbeitszeitverkürzung sichert und schafft Arbeitsplätze. Deshalb: Novellierung des Arbeitszeitgesetzes auf Grundlage der 40-Std.-Woche als Höchstarbeitszeit. Das ist auch der Einstieg für eine weitergehende Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern mit dem Ziel: mehr Zeitsouveränität für alle.

- **Sicherung und Erneuerung des Sozialstaats!** Einführung einer Bürgerversicherung, die alle Haushalte und alle Einkommen erfasst und die Finanzierung qualitativ hochwertiger Gesundheitsleistungen sicherstellt. Die Altersrenten müssen den Lebensstandard sichern und armutsresistent sein. Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen; Finanzierung hochwertiger Bildung für alle durch ein solidarisches Steuersystem und ohne Studiengebühren.

- **Reichtum besteuern!** Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen. Wiedereinführung einer einprozentigen Vermögenssteuer, Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings, Spitzensteuersatz von mind. 45%, Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Stopfen von Steuerschlupflöchern für Großverdiener wie für international tätige Unternehmen.

Das soziale Hauptproblem in Deutschland ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit!

Das Hauptproblem der deutschen Wirtschaft ist ihre fortdauernde Wachstumschwäche!

Beide Probleme haben weder mit Globalisierung noch mit Überalterung etwas zu tun, sondern sind hausgemacht. Hauptverursacher dieser Entwicklung ist die fehlentwickelte Verteilung dessen, was unsere Gesellschaft Jahr für Jahr erwirtschaftet.

Die Finanzprobleme der sozialen Sicherungssysteme haben nichts zu tun mit immer höheren Ansprüchen oder Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, sondern resultieren aus der Massenarbeitslosigkeit, der fortschreitenden Umverteilung zu Lasten der Einkommen aus sozialversicherter Arbeit und der Ausweitung unversicherter Beschäftigung. Dadurch sinken vor allem die Einnahmen. Der wichtigste Beitrag zur Stärkung des Sozialstaats liegt daher in einer aktiven Beschäftigungspolitik.

#### **Für eine wirkliche Reform des Sozialstaates**

Die in unserer Verfassung verankerten Grundsätze des Sozialstaates sind das Ergebnis langer und erbitterter Ausein-

andersetzungen im vergangenen Jahrhundert. Gegen diese Fortschritte richten sich seit zwanzig Jahren, mit nunmehr deutlich zunehmender Intensität, die neoliberalen Gegenreformen. Die SPD, einst Garant für soziale Gerechtigkeit, hat sich in die Gegnerschaft eingereiht. Den Sozialstaat sichern, heißt, ihn weiterzuentwickeln, ihn immer wieder auf sich verändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Situationen abzustimmen – nicht ihn zurückzunehmen und schon gar nicht, ihn abzuschaffen. Anpassungsbedarf entsteht vor allem durch die sich verändernde Arbeitswelt, die in zunehmendem Maße durch unsichere, diskontinuierliche und prekäre Erwerbsbiographien charakterisiert ist, aber auch durch veränderte Familienstrukturen und individuelle Ansprüche. Insbesondere der neuen Rolle der Frau in Gesellschaft, Wirtschaft und Familie tragen die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse nicht Rechnung.

Diese Entwicklungen erfordern:

- Veränderungen in der Organisation von Arbeit, die den Zielen der Humanisierung, der Existenzsicherung und der Beschäftigung für alle, die erwerbstätig sein wollen, verpflichtet sind

- Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen ohne Aufgabe des Ziels „Schutz aller Mitglieder der Gesellschaft vor sozialen Risiken und Sicherung des Lebensstandards“.

- Permanente Neubestimmung der Ziele „Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und internationale Kooperation und Entwicklung“ als Eckpunkte alternativer Politik.

Wie diese Erfordernisse umgesetzt und abgesichert werden können, muss in den nächsten Wochen und Monaten zentraler Diskussions- und Arbeitsprozess innerhalb der WASG sein.

Im konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden, globalisierungskritischen Initiativen, kirchlichen Gruppen, Umweltorganisationen und anderen sozialen Organisationen und Bewegungen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass im öffentlichen Raum der Widerstand gegen eine Politik der „sozialen Kälte“ wieder stark wird und von der herrschenden Politik nicht mehr ignoriert werden kann.

Der zu erwartende Regierungswechsel 2006 hin zu Schwarz/gelb und der damit beschleunigte Sozial-Kahlschlag stellt eine Herausforderung, der wir uns zu stellen haben.

Es muss Veränderungen geben, aber die Politik der Agenda 2010 läuft auf die massive Beschneidung sozialer Rechte, auf die Opferung der solidarischen Sicherung hinaus. Aufgabe der Sozialpolitik muss es bleiben, die sozialen Fehlentwicklungen zu korrigieren und gleichzeitig durch die Solidarelelemente des Sozialversicherungssystems zu verdeutlichen, dass es Alternativen zum uneingeschränkten Profitdenken gibt. Die sozialen Sicherungssysteme sind dabei

künftig so auszurichten, dass sie der stärkeren Ausdifferenzierung von Erwerbsbiographien sowohl hinsichtlich der Leistung als auch ihrer Finanzierung Rechnung tragen. Als Eckpfeiler schlagen wir vor:

- **Die gleichgewichtige Beteiligung** von Unternehmen und Arbeitnehmern an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist ein Eckpfeiler des deutschen Sozialstaatsmodells.

- **Das Beitragsprinzip** bildet eine Grundlage dafür, Leistungen nicht nur auf dem Niveau unmittelbarer Armutsverhinderung zu erbringen, sondern an den bisherigen Lebensstandard anzuknüpfen.

- **Die Bürgerversicherung** basiert auf der Idee einer Umverteilung auf Basis von Arbeitseinkommen; hiervon ausgehend kann die Bemessungsgrundlage auch auf andere Haushaltseinkommen ausgeweitet werden. Dies erfordert die Rücknahme von Zuzahlungs-, Bonus- und Selbstbehaltregelungen in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung, die generelle Beibehaltung des Sachleistungsprinzips und die Erhebung der Krankenversicherungsbeiträge gemäß der finanziellen Leistungsfähigkeit.

- **Die Gesetzliche Krankenversicherung** muss qualitativ hochwertige Gesundheitsleistungen in allen medizinisch erforderlichen Bereichen für alle Erwerbstätigen erbringen. Dies erfordert u.a. die Förderung ganzheitlicher Versorgungsmodelle, Qualitätssicherung durch eine unabhängige Institution, mehr Prävention in der Arbeitswelt und für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die Stärkung der Geschlechter-Perspektive in Gesundheitsforschung und -politik, die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben aus dem allgemeinen Steueraufkommen sowie einen Schritt zur Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung durch eine „Gesundheits-Abgabe“ der Unternehmen

- **Allgemeine gesetzliche Altersversicherung.** Wir treten für die Einbeziehung aller Erwerbstätigengruppen in eine allgemeine gesetzliche Alterssicherung ein, einschließlich derjenigen Freiberufler, die heute zumeist in Versorgungswerken abgesichert werden. Die Altersrenten sollen den im Arbeitsleben erreichten Lebensstandard sichern. Wir wollen daher, dass nach 40 Beitragsjahren eine Rente aus der gesetzlichen Altersversicherung den Lebensstandard garantiert. Der Beitrag der Unternehmen muss sich nach ihrem Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung bemessen. Das Angebot von kapitalgedeckten Fonds sehen wir als Ergänzung zu einer lebensstandardsichernden Rente als einer allgemeinen gesetzlichen Altersversicherung.

Da viele BürgerInnen wegen der erhöhten Flexibilität der Produktion und Zeiten von Arbeitslosigkeit die für einen Lebensstandard sichernde Rente notwendigen Beitragszeiten nicht erreichen, müssen die Bedingungen für eine Mindestsicherung ausgebaut werden. Die Gesetz-

liche Rentenversicherung muss aber die zentrale Säule für die Alterssicherung auf lebensstandardsicherndem Niveau bleiben. Für weitere Rentenkürzungen, sei es durch Absenkung des Rentenniveaus, sei es durch die Anhebung der gesetzlichen Renteneintrittsgrenze, oder auch die kompensationslose Besteuerung von Renten ist kein Raum.

### **Zukunftsinvestitionen für Beschäftigung und soziale Sicherheit**

Im Zentrum alternativer Wirtschaftspolitik steht die Beschäftigungspolitik, denn die Massenarbeitslosigkeit ist das Hauptproblem und Hauptübel in der Bundesrepublik.

Die Wirkungen von Massenarbeitslosigkeit sind bekannt:

- Sie stürzt die Arbeitslosen in tiefe Krisen, u. U. verbunden mit einer ganzen Serie von negativen Folgewirkungen für sie wie für die anderen Mitglieder in ihren Lebensgemeinschaften
- Sie untergräbt die öffentlichen Finanzen, (Kosten der Arbeitslosigkeit)
- Sie schwächt die Wirtschaft (Nachfrageschwäche)
- Sie zerreißt den sozialen Zusammenhalt und gefährdet die Stabilität der demokratischen Gesellschaft.

Massenarbeitslosigkeit ist durch Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und weitere Verschlechterung von Arbeitsbedingungen nicht zu bekämpfen. Im Gegenteil: Die private Nachfrage und damit die wichtigste Säule der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sinkt weiter. Es gibt Alternativen! Ein konsequenter wirtschaftlicher Kurswechsel bewirkt:

- eine Überwindung der strukturellen Stagnation, Sicherung von Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft
- die Verminderung der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel der schrittweisen Herstellung von Vollbeschäftigung
- die Ausweitung und Stärkung von sozialer Sicherheit.

Die Politik ist gefordert, Anstöße zu mehr Beschäftigung zu geben. Wir fordern:

- Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm für die Kommunen, für Bildung und für Umwelt sowie für gezielte Infrastrukturmaßnahmen in Ostdeutschland, Gesamtumfang mindestens 40 Mrd. p.a. Dies schafft ca. 500.000 Arbeitsplätze und eine erhebliche Stärkung der Binnennachfrage. (\*) In den Kommunen hilft ein solches Programm kleinen und mittleren Unternehmen, die für die regionalen Märkte produzieren. Über die Investitionen werden auch hier neue Arbeitsplätze geschaffen und der Mittelstand unterstützt, der im besonderen Maße Leidtragender der veränderten Finanzierungsmöglichkeiten (siehe Basel II\*\*) bei zugleich gegebener Eigenkapital-schwäche ist

- den Ausbau statt Abbau öffentlicher Beschäftigung
- mehr Geld für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit qualifi-

zierter Betreuung schafft eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, vor allem auch für Frauen

- die Verstärkung statt Austrocknung von Arbeitsmarktpolitik
- Politische Unterstützung für das Ziel: Verkürzung statt Verlängerung der Arbeitszeit

Dabei kommen den Gewerkschaften eine wesentliche Rolle zu. Ihre Fähigkeit zur Durchsetzung von angemessenen Einkommensforderungen und zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen schafft die Grundlage für erhöhten privaten Konsum und erzeugt damit beschäftigungswirksame Effekte.

**„Alternativen für eine solidarische Zukunft“** – *Die nachfolgenden Überlegungen sind nicht das Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses, sondern spiegeln in dieser Phase nur die politischen Vorstellungen der Programm-Gruppe der WASG wieder. Wir möchten alle Mitglieder und Freunde ermutigen, sich an der Erarbeitung der politischen Programmatik der WASG zu beteiligen:*

Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel. Eine andere Politik ist nicht nur sozialer und gerechter, sie ist auch wirtschaftspolitisch besser und richtiger. Wir ordnen unseren Kampf für eine soziale Alternative in einen umfassenden politischen Rahmen ein:

*Internationale Zusammenarbeit, für ein soziales Europa* – Internationaler Austausch und Arbeitsteilung ermöglichen grundsätzlich für alle Beteiligten eine Steigerung ihres Wohlstands. Globalisierung im Zeichen des Neoliberalismus allerdings nützt vor allem den internationalen Konzernen und den großen Vermögensbesitzern. Eine andere Politik und Entwicklungsrichtung der Gesellschaft muss daher nicht nur in Deutschland durchgesetzt werden, sondern international und insbesondere in Europa. Da Europa und erst recht die globale Ebene aber demokratischer Steuerung weitgehend entzogen sind, muss die andere Politik von den einzelnen Ländern ausgehen. Große und wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland haben hier trotz ihrer internationalen Einbindung große Möglichkeiten und eine besondere Verantwortung.

Die WASG setzt sich für eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung ein. Wir fordern eine Devisenumsatzbesteuerung (Tobin-Steuer) und den Kampf gegen Steueroasen. Hochverschuldete, arme Länder müssen entschuldet werden. Die Entwicklungshilfe muss erhöht werden. Die Märkte der reichen Länder sind verstärkt für Produkte der ärmeren zu öffnen. Wir setzen uns für eine grundlegenden Reform und Demokratisierung der Welthandelsorganisation (IWF) und des Internationalen Währungsfonds (WTO) und eine Stärkung der Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisationen der Vereinten Nationen ein. Sie müssen durch

verbindliche Regelungen Menschenrechte und grundlegende Arbeitsrechte, soziale und ökologische Standards weltweit durchsetzen. Bei Vereinbarungen über Dienstleistungshandel (GATS) und geistige Eigentumsrechte (TRIPS) müssen öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge gesichert und breiter und kostengünstiger Zugang zu Wissen und wissensbasierten Produkten ermöglicht werden.

Die Hindernisse für eine beschäftigungsorientierte Politik durch den europäische Stabilitätspakt müssen beseitigt werden. Die europäische Zentralbank muss neben der Inflationsvermeidung auf eine beschäftigungsorientierte Politik verpflichtet und demokratischer Kontrolle unterstellt werden. Wenn es gelingt, eine koordinierte aktive Wirtschaftspolitik für qualitatives Wachstum und für mehr und bessere Beschäftigung europäisch durchzusetzen, wird ihre Wirksamkeit erheblich gesteigert. Die EU muss ein großes europäisches Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der sozialen und Umweltsituation auflegen.

Statt auf Privatisierung muss Europa die Mitgliedsländer auf den Ausbau solidarischer sozialer Sicherungssysteme und die schrittweise Ausweitung des sozialen Schutzes orientieren und Mindeststandards durchsetzen. Öffentliche Produktion und Dienstleistungen und demokratische Steuerung der Wirtschaft müssen gesichert und gleichberechtigt zu privater Wirtschaft und zum Markt gestellt werden. Das europäische Parlament muss zur Durchsetzung solcher sozialer und demokratischer Reformen wesentlich gestärkt werden.

*Qualifizierte Bildung und Ausbildung für Alle* – Die WASG will Chancengleichheit, hochwertige Bildung und Ausbildung für alle. Dabei müssen die Bildungsinhalte nicht nur auf Qualifizierung für den Arbeitsmarkt gerichtet sein, sondern umfassende soziale, politische und kulturelle Kompetenzen vermitteln und die Persönlichkeitsbildung fördern. Das Bildungswesen ist eine öffentliche Aufgabe und muss im Wesentlichen aus Steuermitteln finanziert werden. Bildung und Wissenschaft haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Über Bildungsziele muss demokratisch entschieden werden, Bildungseinrichtungen unterliegen staatlicher Kontrolle.

Wir lehnen die zunehmende Privatisierung von Bildungseinrichtungen und Bildungskosten ab. Wir lehnen Studiengebühren ab und fordern eine ausreichende Ausbildungsförderung, um auch Kindern aus sozial schwächeren Familien weiterführende Bildung und Hochschul-ausbildung zu ermöglichen. Ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und zugleich eine gerechtere Verteilung von Ausbildungskosten ist durch eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung (Ausbildungsabgabe) zu gewährleisten.

Wir brauchen flächendeckend qualifizierte Ganztageseinrichtungen für Kinder. Wir brauchen Ganztagschulen mit ausreichend pädagogisch und fachlich qualifiziertem Personal. Die bedarfsorientierte Strategie der Armutsbekämpfung ist unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Kinder zu entwickeln.

*Ökologischer Umbau* – Die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Die entwickelten Länder müssen ihren Ausstoß an Treibhausgasen und damit ihren Verbrauch an Öl, Kohle und Gas drastisch reduzieren. Wir brauchen erhebliche Energieeinsparungen und einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Zugleich muss der Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigt werden. Die Energieversorgung der Zukunft wird auf Sonnenenergie beruhen. Dies muss schon heute entschieden vorangetrieben werden, auch mit großen internationalen Kooperationsprojekten. Damit wird auch internationalen Auseinandersetzungen bis hin zu Kriegen um Ressourcen die Grundlagen entzogen.

Notwendig ist aber auch eine Reduzierung der Stoff- und Verkehrsströme und die Entgiftung der Produktion und der Produkte. Für Atomausstieg und solare Energiewende, Chemiewende, ökologische Abfall- und Kreislaufwirtschaft, den Umstieg auf öffentliche Verkehrssysteme und den verkehrsvermindernden Umbau der Siedlungsstrukturen, Naturschutz, ökologischen Landbau und intelligente Regionalisierungsstrategien brauchen wir eine gezielte und aktive Politik des ökologisch-solidarischen Umbaus der Industriegesellschaft. Nur in Verbindung mit einem groß angelegten öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm können soziale Verwerfungen verhindert und die großen Potenziale des ökologischen Umbaus für mehr und zukunftssichere Beschäftigung verwirklicht werden.

*Grundrechte sichern, Gleichberechtigung durchsetzen, mehr Demokratie wagen* – Wir wollen eine weitere Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft. Die WASG engagiert sich für die Verteidigung der demokratischen Freiheits- und Schutzrechte und gegen den Ausbau des Überwachungsstaates. Rechtsstaat und Polizei können und müssen für Sicherheit vor Kriminalität sorgen und zugleich die Grundrechte der Menschen gewährleisten.

Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder nationalen Herkunft, von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft. Diskriminierende Bestimmungen des Ausländerrechts müssen abgeschafft werden. Alle längerfristig rechtmäßig hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen. Wir setzen uns ein für die

Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, für die Abschaffung der Abschiebehaft und des entwürdigenden Asylbewerberleistungsgesetzes.

Auch die Wirtschaft muss demokratischer Kontrolle und Regulierung unterliegen. Übermäßige Konzentration und Wirtschaftsmacht müssen verhindert oder demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Wir setzen uns ein für den Ausbau der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmen. Notwendig ist die Herstellung einer demokratischen Medienöffentlichkeit. Politische und gesellschaftliche Prozesse müssen unabhängig von der Einflussnahme finanzkräftiger Interessengruppen für alle transparent und verständlich gemacht werden.

*Frieden und Abrüstung* – Die WASG hält fest an einer Außenpolitik, die den Namen Friedenspolitik verdient: Kein Einsatz der Bundeswehr „out of area“, Abkehr von militärischen Konfliktlösungen, Stärkung ziviler Konfliktregulation und Krisenprävention. Die Antwort auf den internationalen Terrorismus heißt nicht Krieg, sondern Durchsetzung des internationalen Rechts, Aufwertung der Vereinten Nationen, die mit polizeilichen Sanktionsrechten auszustatten sind.

Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir wenden uns gegen den Umbau von NATO und Bundeswehr zu flexiblen, schnell interventionsfähigen Armeen zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen der reichen Länder sowie gegen die militärische Nutzung des Weltraums. Auch die Militarisierung der EU lehnen wir ab. Die durch Abrüstung frei werdenden Mittel müssen in zivile Bereiche gelenkt werden.

Wir treten ein für ein wirksames Verbot von Rüstungsexporten in Spannungsgebiete und Staaten, in denen Menschenrechte verletzt und Waffen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Damit Friedenspolitik keine folgenlose Absichtserklärung bleibt, fordern wir als einen ersten Schritt das Einfrieren und in der Folge die Reduzierung des Rüstungsetats in großen Schritten.

*Grundlagen für eine solidarische Politik* Immer wieder hören wir, es gäbe zur Politik des Rückbaus des Sozialstaates und einer Rücknahme der individuellen Ansprüche keine vernünftige Alternative. Diese Argumentation ist falsch, weil sie über das Problem der hohen Arbeitsproduktivität und der absurden Verteilungsverhältnissen hinweg geht.

Die Produktionstechnik und die Produktionsorganisation haben in den kapitalistischen Hauptländern einen hohen Stand erreicht. Der technische Fortschritt macht es möglich, dass ein Mensch in immer kürzerer Zeit dieselbe Produktmenge in immer besserer Qualität herstellt. Dies kann die Grundlage für einen steigenden Lebensstandard der Be-

völkerung sein: für ein höheres Einkommen, mehr Freizeit und bessere soziale Absicherung – bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, im Alter – und für eine steigende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen. Steigende Produktivität ist die Grundlage für den Sozialstaat insgesamt. Sie ermöglicht der Sozialversicherung und dem Staat steigende Einnahmen, ohne dass deswegen andere Einkommen sinken müssten. Sie kann sicherstellen, dass der Staat seinen Aufgaben im Bereich des Sozialen, der Bildung, der Kultur auch in Zukunft verstärkt nachkommen kann. Eine nachhaltige Entwicklung der Produktivität schafft zudem Ressourcen für die Lösung der drängenden Umweltfragen, für Umweltinvestitionen ebenso wie für die Herstellung umweltgerechter Produkte.

Die Grundlagen für einen hohen Lebensstandard und für eine nachhaltige Entwicklung also stehen bereit. Sie werden sich in der Zukunft vergrößern. Aber trotz all dieser Möglichkeiten, die der technische Fortschritt eröffnet, werden große Teile der Bevölkerung ärmer. Dies ist absurd. Ihre Anstrengungen bei der Arbeit, ihre Bemühungen um bessere Produktionstechnik und Organisation werden sinnlos: Was die Arbeit erleichtern kann, vergrößert den Stress, was die Arbeitszeit ergiebiger macht, vermehrt die Arbeitslosigkeit. Moderne Technologien erhöhen die Massenarmut und verstärken Umweltgefahren, obwohl sie doch zur Befreiung von materieller Not, zu zivilisatorischem Fortschritt beitragen könnten.

Es findet keine öffentliche Auseinandersetzung zu der Frage statt, warum der mögliche Wohlstand nicht hergestellt wird. Es werden keine Strategien erörtert und entwickelt, wie der technische Fortschritt vernunftgeleitet für die Beteiligten genutzt werden kann.

Wenn der Markt weder Vollbeschäftigung noch Verteilungsgerechtigkeit bewirken kann, ist Politik gefragt. Der Neoliberalismus kann ganz gelassen mit der schlechten Wirtschaftsentwicklung umgehen. Wenn wir dagegen den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung Geltung verschaffen wollen, müssen wir der Politik einen größeren Handlungsspielraum erkämpfen. Politik für die Mehrheit der Bevölkerung muss sich gegen wirtschaftliche Macht behaupten. Dies ist ein wesentliches Anliegen aller sozialdemokratischen Programme gewesen. Aber dies ist nicht mehr Kennzeichen der Politik sozialdemokratisch geführter Regierungen. Wie dringend die Eindämmung wirtschaftlicher Macht ist, haben nicht zuletzt die historische Erfahrung mit der Weimarer Republik gezeigt. Dies hat die Parteien in der unmittelbaren Nachkriegszeit veranlasst, wachsam zu sein gegenüber den Gefahren, die von der wirtschaftlichen Macht ausgehen.

Noch im Godesberger Programm heißt es: „Die führenden Männer der Großwirtschaft gewinnen einen Einfluss auf Staat

und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind. Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist daher die zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik, Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden.“

Und im Berliner/Leipziger Programm heißt es: „Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln sein.“

Das Ziel einer Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist nicht, dass der Staat das tut, was die Privaten ebenso gut können, sondern dass der Staat die Fragen bewältigt, zu deren Lösung die Einzelnen, die Privatwirtschaft, der Markt nicht fähig sind. Um eine solche Politik zu finanzieren, muss der Staat die Gewinne erhöhen und die Unternehmen vermehrt zur Finanzierung der sozialen Sicherung heranziehen. Außerdem müssen wir für ein größeres Gewicht des öffentlichen Sektors werben. Ein großer öffentlicher Sektor ist notwendig, er ist ein strategisches Moment gegen den Zugriff wirtschaftlicher auf politische Macht. Er darf nicht weiter privatisiert werden – nicht Infrastruktur, Kultur, Bildung und Soziales.

Die Macht des Parlamentes und der Regierung allein aber reicht nicht aus, um die Verteilung angemessen zu regulieren, den Sozialstaat wieder aufzubauen und die Arbeitsgesetzgebung zu verbessern. Die Gesellschaft braucht starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Die WASG wird die Gewerkschaften nach Kräften bei ihren Forderungen unterstützen. Ziel ist, dass beide, die Gewerkschaften und der Staat, für einen steigenden Lebensstandard sorgen in Form höherer Löhne, sinkender Arbeitszeit, besserer sozialer Absicherung und umfassenderer öffentlicher Dienste. Staat und Gewerkschaften – nicht kapitalistische Konkurrenz und Markt – sind in der Lage, durch Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und durch eine Vergrößerung des öffentlichen Dienstes die Beschäftigung zu erhöhen. Sie müssen allen den Schutz und die Sicherheit geben, die die Einzelnen auf sich gestellt nicht erreichen können.

Dieser Staat wird ein wahrhaft demokratischer Staat sein, er wird unser Staat sein, er wird der Ausdruck des Interesses der großen Mehrheit der Bevölkerung sein. Erst dieser Staat kann individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, die Freiheit des Einzelnen garantieren.

Redaktionelle Bearbeitung: Joachim Bischoff, Wolf v. Matzenau, Björn Radke

## Politische Berichte in eigener Sache

Der Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften hat zusammen mit Redaktionsmitgliedern der Politischen Berichte beraten, wie die Zeitschrift auf jetzt, nach den Wahlergebnissen der letzten Wochen, erkennbare Erfordernisse eingestellt werden könnte.

Zur Situation: Wir vermuten in der Stärkung linker Politik am Ort, d.h. in der unmittelbaren Lebenswelt eine langfristige Tendenz, die auf der weltweit zu beobachtenden Herausbildung metropolitane Räume beruht, d.h. auf den Weltmarkt und die Weltgesellschaft bezogene Räume wirtschaftlicher Ballung, die gleichzeitig unmittelbarer Anschauung zugängliche Lebensräume sind. In Folge dessen werden die Themen, die in diesen Lebensbezügen diskutiert werden, anspruchsvoller, wenn man so will: politischer. Das wird zum Beispiel sichtbar, wenn Fragen der Außenpolitik der BRD auf der Tagesordnung von Stadt- und Gemeinderäten auftauchen, aber auch dann, wenn die öffentliche Meinungsbildung komplexe Fragen der Bereitstellung öffentlicher Güter nicht nur fordernd, sondern mit entwickelten Alternativen angeht. Auch in den Betriebsräten und in den Gewerkschaften müssen äußerst schwierige, mit komplizierten Güterabwägungen verbundene Diskussionen geführt werden.

Für all diese Debatten relevante Informationen und Argumentationen aus der Masse der verfügbaren Daten herauszuholen und für eine Diskussion aufzubereiten, ist ein hochgestecktes Ziel; eher bloß ein Maßstab, zumal wir mit den jetzt eingesetzten Mitteln auszukommen haben.

Es gibt aber Produktivitätsreserven. Sie bestehen in der Verbindung von publizistischer Äußerung und spezifischen Kenntnissen, die sich durch Funktionsausübung, Berufspraxis, politische Praxis, Lebensweise und Neigungen unserer Leserinnen und Leser ergeben. – Es folgen Ausführungen zur Konzeption und zur Gliederung der Politischen Berichte, die wir veröffentlichen, um die aktive Mitarbeit an der Zeitschrift zu erleichtern.

### Die Politischen Berichte sind in drei Abschnitte gegliedert:

S. 2-9, A) *Aktuell aus Politik und Wirtschaft*; **Institutionalisierte Politik**, Staaten, Regierungen usw.; Inland und Ausland:

S. 2-3. Die jetzige Sparte „*Aktuell in Berlin*“ wird zu einer Meldungsübersicht ausgebaut, in der sich die Beobachtung der zentralen politischen Institutionen (Gesetzgebung, Regierungshandeln und Rechtssprechung) auf der Ebene der BRD und der EU niederschlägt. Dabei geht es

darum, Tendenzen früh zu markieren.

S. 4-6: Schwerpunkt. Mit Dokumentation. Vorgesehen ist eine längerfristige Vorausplanung, die auch die Kooperation erleichtern soll. Zusammenarbeit von Autoren kann auch „asymmetrisch“ sein (Federführung/Beratung). Schon Gegenlesen bringt Anregung beim Schreiben und Qualitätsgewinn.

S. 7-8: Laufende Berichte Inland und Ausland. Zur Pflege von Themen, die in den PB bereits aufgegriffen sind.

S. 9: *Auslandsnachrichten*. Dabei geht es vor allem um Nachrichten bzw. Themenbereich, die in den konventionellen Medien weniger berücksichtigt werden.

Anmerkung: Ein gewichtiges Problem besteht in der Aufbereitung EU-typischer Auseinandersetzungen bzw. Konflikte bzw. der Berichterstattung über Entwicklungen in diesem nahen Ausland bzw. EU-Inland.

S. 10-17, B) *Regionales und Gewerkschaftliches*. **Politik im Konflikt**, d.h. vor allem an den Orten, in der kommunalen Politik, in den Branchen und Betrieben, genossenschaftliche Bestrebungen.

S. 10-11: *Lokaler Widerstand*. Fokus ist auf Ereignisse „vor Ort“ gerichtet. Quelle: Unkonventionelle Publikationen, vor allem Internet sowie div. Lokalberichte.

S. 12-14: Schwerpunkt. Ereignisorientiert, ggfls. auch aus mehreren Orten zum selben Thema. *Nachrichten „Kommunale Politik“*, zwei Spalten

S. 15-17: Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Es geht dabei um Konflikte, in denen strategisches Handeln von Arbeitgeberseite, Regierung, Gewerkschaften kenntlich wird. *Nachrichten „Wirtschaftspresse“*, 1 Spalte

S. 18-24, C) *Diskussion und Dokumentation*, **Perspektiv- bzw. Programm- und Strategiediskussion**.

S. 18-24. Dieser nach Textsorten und Themen notwendig weit aufgefächerte Bereich soll unter dem Gesichtspunkt gestaltet werden, dass die dort veröffentlichten Beiträge/Dokumente auf die Perspektivdiskussion der sozialen, politischen und kulturellen Bewegung bezogen sein sollten. Die Hintergrundannahme ist, dass wir uns in einer Zeit der Programm- und Perspektivdiskussion finden, die noch länger andauern wird.

Seite 18: Bis zu drei Spalten „*In und bei der PDS*“. Es geht darum, auf Tendenzen hinzuweisen, die sich aus dem Auftreten und Handeln der PDS erkennen lassen.

S. 24: *Termine*. Es geht dabei um Termine, die auf Ereignisse hinweisen, die in unserem Leserkreis Beachtung finden, vielleicht verbunden mit Hinweisen auf Quellen.

Darüber hinaus wurde besprochen, die Schriftgröße für den Fließtext heraufzusetzen, auch wenn dann weniger reingeht. Das wird nach der Sommerpause gemacht.

Berichterstattung: Martin Fochler, Christiane Schneider

**29. Juli bis 1. August:** Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen (siehe Kasten)

**28./29. August, New York:** Nationalversammlung der Republikaner in New York. Die Friedensbewegung mobilisiert für den Abzug aus dem Irak und will über 1 Million Menschen auf die Straße bringen.

**1. September, Aachen:** Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004 an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

**2.-3. September, Hamburg:** Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, [www.lebendige-stadt.de](http://www.lebendige-stadt.de)

**5. September:** Landtagswahl im Saarland

**19. September:** Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

**26. September:** Kommunalwahl in NRW

**27. September bis 1. Oktober, Hamburg:** Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen. Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004. Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS). Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 [bettina.paul@uni-hamburg.de](mailto:bettina.paul@uni-hamburg.de)

**1./2. Oktober, Bremen.** „Vorwärts – und viel vergessen“. Geschichte sozialer Bewegungen. Kritische HistorikerInnen beschäftigen sich mit der Geschichte neuer sozialer Bewegungen. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung und AK Kritische Geschichte. Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr.12. [www.kritische-geschichte.de](http://www.kritische-geschichte.de).

**2. Oktober, Kiel:** Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

**14.-17. Oktober, London:** Europäisches Sozialforum 2004. Das ESF wurde als Teil des Weltsozialforums (WSF) im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen. Die ersten beiden Foren fanden in Florenz (2002) und Paris (2003) statt. Das ESF bietet Gruppen und Organisationen aus Europa und der ganzen Welt die Möglichkeit, zusammenzukommen: soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Flüchtlinge, Friedens- und anti-imperialistische Gruppen, antirassistische Bewegungen, Netzwerke der Ausgeschlossenen etc. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir weltweit soziale Gerechtigkeit erzielen können – und wie eine andere Welt möglich werden kann (another world is possible). Mehr infos unter [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org)

**23. Oktober, Duisburg.** Sozialabbau und soziale Gegenbewegungen in Westeuropa, mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Die Tagung soll einen vergleichenden Überblick über die spezifischen Formen der Umsetzung neoliberaler Politik und den damit verbundenen Sozialabbau in westeuropäischen Ländern und die sich dagegen entwickelnden sozialen und politischen Bewegungen dieser Länder ermöglichen. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW.

**30./31. Oktober, Potsdam:** Parteitag der PDS, Neuwahl Parteivorstand

**31. Oktober, Brüssel:** Die Amtszeit der EU-Kommission endet

**2. November:** Präsidentschaftswahlen in den USA

**19./20. November, München.** Parteitag der CSU.

**3./4. Dezember, Berlin:** 10. Kongress Gesundheit und Armut. Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“

Die Arbeitsgemeinschaft *Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung* in und bei der PDS lädt ein:

## Linke Sommerschule 2004

Donnerstag, 29. Juli, ab 14 Uhr, bis maximal Sonntag, 1. August, ca. 11 Uhr

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstraße 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Eine ausführliche Beschreibung der Kurse findet sich in den Politischen Berichten 13/04 sowie in einem Faltblatt,

das beim GNN-Verlag in Hamburg bestellt werden kann.

**Kurs Wirtschaft:**  
Organisation der Weltwirtschaft  
**Kurs Philosophie:**  
Bildung und Erziehung  
**Kurs Geschichte:**  
Medien und Krieg

**Anmeldung** bitte umgehend bei:  
Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax: (0 40) 43 18 88 21  
eMail: [gnn-hhsh@hansenet.de](mailto:gnn-hhsh@hansenet.de)  
oder bei:  
PDS-Landesvorstand Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Tel. (03 61) 60 111 30, eMail: [pds-thueringen@t-online.de](mailto:pds-thueringen@t-online.de)

## Mitglieder-versammlung

*Vorschlag für eine Tagesordnung*

1. Themen der Europäischen Linkspartei
2. PDS-Parteitag im Oktober 2004
3. Wahlen
  - a) des Sprechers/der Sprecherin der ArGe
  - b) der / des Delegierten zum Bundesparteitag
4. Verschiedenes

**Freitag, 30. Juli, 19 Uhr**  
Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen